Montag, den 11. April 1921. — Bochumer Zeitung — 93. Jahrgang. — Nr. 83.

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 6.— Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., monatlich 6.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Cöln Nr. 41494.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 40 Pfg., Familienanzeigen 30 Pfg., Stellengesuche 25 Pfg.; außerhalb 50 Pfg. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 1.75 Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr 25 Mk. das Tausend. Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr

Preuß. Ministerpräsident Stegerwald.

wtb. Berlin, 9. April. In der heutigen Sitzung des preußischen Landtages wurde der Abgeordnete Stegerwald (Z.) mit 332 von 388 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Groteske, wie der „Freistaat" Preußen sich eine Regierung zu bilden sucht, hat insofern einen gewissen Abschluß erreicht, als am Sonnabend der Zentrumsabgeordnete Stegerwald mit 332 von 388 Stimmen — also von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten — zum Ministerpräsidenten gewählt worden ist. Wer die Vorgeschichte dieser Wahl nicht kennt, und sich lediglich aus den Zahlen sein Urteil bilden wollte, der müßte daraus auf eine überraschende Einigkeit der Parteien schließen und müßte weiter daraus die Folgerung ableiten daß es diesem Ministerpräsidenten nicht schwer sein könnte, sich sein Ministerium zu bilden. Und doch ist das nur ein Trugschluß. Die Wahl Stegerwald ist bei Lichte besehen nichts weiter als ein glatter Verzweifungsakt. Seit dem 20. Februar, dem Tage der allgemeinen Wahlen, hat man an dem preußischen Regierungsproblem herumgedoktert, hat vor und hinter den Kulissen über die Kreuz und Quer verhandelt, ohne einen Schritt weiter zu kommen. Und weil die Geschichte nachgerade doch anfing, höchst blamabel zu werden, entschlossen sich die Parteien die Szenerie einmal gründlich zu verändern, indem sie zunächst einen Ministerpräsidenten wählten, der nun sehen sollte, wie er mit den Dingen weiter fertig würde. Daß man dabei gerade auf Herrn Stegerwald verfiel, war nicht ganz ein reiner Zufall. Das Zentrum ist die einzige größere Partei, die bei jeder denkbaren Kombination mit dabei sein muß: und das Zentrum ist wieder nicht so reich an Persönlichkeiten, als daß ihm die Qual der Wahl bei der Auslese nicht sonderlich schwer gefallen wäre. Herr Stegerwald ist Gewerkschaftsführer, er hat zudem bei seiner bekannten Essener Rede, wo er mit der Gründung einer nationalen, sozialen, christlichen und demokratischen Partei spielte, einen gewissen Nimbus, der ihm links bei den Sozialdemokraten, gleichzeitig aber auch rechts bei den Deutschnationalen Sympathien einbrachte.

So fielen ihm denn auch die Stimmen der beiden Flügelparteien zu. Aber die Sozialdemokraten wie die Deutschnationalen beeilen sich, ihrer Abstimmung gleich einen Kommentar anzufügen. Die Sozialdemokraten erklären öffentlich, sie hätten für Stegerwald erst gestimmt, nachdem die Unterhändler des Zentrums die Versicherung gegeben hätten, der neugebackene Ministerpräsident würde sofort wieder zurücktreten, falls ihm nicht die Bildung eines Kabinetts gelänge, das auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion finde. Und die Deutschnationalen wieder stellen fest, daß sie für Stegerwald stimmen mußten, weil bei der Technik des Wahlverfahrens andernfalls keine Sicherheit dagegen gegeben wäre, daß ein Mehrheitssozialist, vermutlich der bisherige Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun, gewählt würde. Während gleichzeitig wieder die Sozialdemokraten zu ihrer Entschuldigung anführen, Stegerwald wäre auch ohne ihre Stimme gewählt worden. Wenn sie daher mit einer eigenen Kandidatur vorgegangen wären, würden sie sich bei den verschiedenen Möglichkeiten eines Kabinetts Stegerwald nur selbst ausgeschaltet haben, woraus sich ergibt, daß nur die Taktik diese Wahl entschieden hat und daß im Grunde genommen die alte Zerfahrenheit weiter besteht; nur mit dem einen Unterschiede, daß Herr Stegerwald jetzt das Kopfzerbrechen für die verschiedenen Parteien übernommen hat und die einzelnen Möglichkeiten, die ihm geblieben sind, durchprovieren muß. Denn wenn er die Stimme der Deutschen Volkspartei erhalten hat, so ist daraus von selbst die Schlußfolgerung zu ziehen, daß er nach der anderen Seite auch hinreichende Zusicherungen gegen eine Wiederkehr der bisherigen Koalitionsregierungen in Preußen gegeben hat.

Wie er den verfahrenen Karren aus dem Sumpf herausziehen kann man füglich ihm allein überlassen. Einfach ist das Rechenexempel nicht, auch wenn man von den Rückwirkungen auf das Reich ganz absieht. Hat er die Sozialdemokraten, dann bekommt er die Deutsche Volkspartei nicht und umgekehrt. Er könnte also eine Minderheitsregierung aus dem Zentrum, den Demokraten bilden und die Deutsche Volkspartei wie die Sozialdemokraten als stille Teilnehmer in das Geschäft hineinnehmen. Er könnte versuchen, ein provisorisches Geschäftsministerium aufzurichten, das solange im Amte zu bleiben hat, bis die Sozialdemokraten sich an den Gedanken einer Regierungsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei gewöhnt haben. Er könnte endlich auch den verwegenen Versuch machen, ein Programm aufzustellen und sich dann für dieses Programm zunächst Mitarbeiter und nachher die Unterstützung der Parteien zu sichern. Aber dieser Weg, der ja in jedem gesunden Parlamentarismus der selbstverständliche wäre, mutet in unserem jungen Parlamentarismus preußisch-deutscher Prägung so absonderlich an, daß vor der Hand noch niemand es recht wagt, ihn auszusprechen. In die Köpfe unserer Parteien will die Vorstellung nicht hinein, daß das Regierungsprogramm und die Männer, die dieses Programm anführen, das Primäre sind, während die Parteien, die eine solche Regierung unterstützen, erst in zweiter Linie kommen. Bei uns muß nach wie vor alles über den Leisten der Partei geschlagen werden. Solange sich das nicht ändert, werden wir auch zu stabilen Regierungsverhältnissen nicht kommen. Deswegen ist die Lage des Ministerpräsidenten Stegerwald keineswegs beneidenswert, und die Aussichten, daß es ihm gelänge, innerhalb der nächsten Woche ein brauchbares Ministerium auf die Beine zu bringen, sind alles andere eher als glänzend. Wir würden uns nicht wundern, wenn Herr Stegerwald nichts als eine Episode von ganz kurzer Dauer bedeute.

Adam Stegerwald.

Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und Vorsitzende des christlich-nationalen Arbeiterkongresses, Stegerwald, ist am 14. Dezember 1874 in Kreuzenheim bei Würzburg geboren. Er hat als Schreinergeselle in Würzburg, Ludwigshafen, Stuttgart, München usw. gearbeitet, in den beiden süddeutschen Hauptstädten Fachfortbildungsschulen besucht, in München sogar nationalökonomische Universitätsvorlesungen gehört. Auf der Grundlage dieser Vorbildung hat sich seine berufsgenössische Betätigung aufgebaut. Schon als 25jähriger ist er durch Begründung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter der breiteren Oeffentlichkeit eine bekannte Größe geworden, sodaß er nach drei weiteren Jahren für ein Generalsekretariat bei den Gewerkschaften seiner Richtung ausersehen wurde. 1908 beriefen ihn die christlichen Arbeiterorganisationen als ihren internationalen Sekretär. Die notwendigen Kenntnisse für diese Stellung einzusammeln, unternahm er ausgedehnte Studienreisen nach England, Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Oesterreich und der Schweiz. Ja sogar nach Deutsch-Ostafrika machte er sich auf den Weg. Ehe er aber den Suezkanal erreichte, zwang ihn der Ausbruch des großen Krieges zu beschleunigter Heimkehr.

Wenn er auch zum Dienst mit der Waffe nicht herangezogen wurde, erhielt er doch Arbeit genug in den Kriegsjahren. Er wurde Vorstandsmitglied im Kriegsernährungsamt und trat in den Finanzbeirat des Reichsschatzamtes ein. Großes Aufsehen machte die seine Leistungen in diesen Stellungen auszeichnende Berufung in das preußische Herrenhaus im Oktober 1917. Handwerksmeister waren allerdings schon vor 1914 in diese feudale Körperschaft eingezogen, doch Stegerwald als „Arbeiter" bildete eine vollständig neue Erscheinung und dazu war er bayrischer Franke und grundsätzlicher Gegner des Dreiklassenrechts!

Die Revolution übertrug ihm nach den Wahlen zur preußischen Landesversammlung (26. Januar 1919) das neugegründete „Ministerium für Volkswohlfahrt", dessen Name schon verriet, daß es auf die Besonderheit eines spezialistischen Sozialpolitikers zugeschnitten war. Wohnungswesen und verwandte Gebiete, welche der Zeitgeist staatlicher Fürsorge unterworfen hatte, stellten sein Arbeitsfeld dar. Zugleich fungierte er als Vertrauensmann des Zentrums in dem der Hauptsache nach aus Sozialisten und Demokraten zusammengesetzten Kabinett Hirsch-Heine-Oeser. Als einen ganz sicheren Kantonisten hat ihn die Zentrumspartei trotzdem nicht betrachtet. Nicht bloß der Flügel der „Berliner Richtung", der an den christlichen Gewerkschaften von vornherein ihre konfessionelle Neutralität auszusetzen und über diese Schützlinge des Kardinals Fischer von Köln schon einen harten Strauß ausgefochten hatte. Eine Rede, die Stegerwald am 21. November 1920 auf dem zehnten Gewerkschaftskongreß in Essen gehalten hatte, wurde ziemlich allgemein mit Mißtrauen aufgenommen. Man wurde sich nicht klar darüber, ob er eine „überfraktionelle" Partei anstrebte, in der auch das Zentrum aufgehen und sich verschmelzen sollte mit allen Elementen, die auf „christlichem, nationalem, sozialem und demokratischem" Boden ständen, oder ob es nicht angemessener wäre, das Zentrum selbst als eine, nunmehr schon seit einem halben Jahrhundert bewährte Verwirklichung eines solchen Gedankens hinzustellen. Höchstens waren die Wortführer bereit, eine „Arbeitsgemeinschaft" der bürgerlichen Gruppen, welche sich zu dem Stegerwald'schen Programm bekennen wollten, zu befördern. Aber Stegerwald ließ sich durch die Ablehnung seines Gedankens nicht entmutigen.

Stegerwalds Plan: Ein Geschäftsministerium als Provisorium.

w. Berlin, 9. April. Der neue preußische Ministerpräsident Stegerwald erklärte einem Mitarbeiter der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz über seine nächsten Pläne bezüglich der Bildung eines Kabinetts, daß er beabsichtige, ein Geschäftsministerium zu bilden, in dem aber nicht nur Beamte sitzen werden, sondern auch Parlamentarier. Er werde zunächst Verhandlungen mit einigen bisherigen Mitgliedern des Kabinetts führen. So beabsichtige er den bisherigen Justizminister Am Zehnhoff zu bewegen, das Justizministerium beizubehalten und den bisherigen Handelsminister Fischbeck ebenfalls um Verbleiben im Amte zu ersuchen. Das Finanzministerium beabsichtige Stegerwald dem bisherigen Verkehrsminister Oeser anzubieten. Sollte die Sozialdemokratie geneigt sein, ihre Mitglieder in das Kabinett eintreten zu lassen werde Stegerwald den bisherigen Innenminister bitten, im Amte zu bleiben. Das Kultusministerium und das Landwirtschaftsministerium werde er mit Beamten besetzen. Das von ihm selbst bekleidete Wohlfahrtsministerium wolle er beizubehalten. Dieses geplante Geschäftsministerium sieht Stegerwald als ein Provisorium an, während dessen eine tragfähige Regierungsmehrheit für ein politisches Kabinett zu bilden versucht werden soll.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 9. April.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte erfolgte

die Wahl des Ministerpräsidenten und des Präsidenten des Landtages und der Vizepräsidenten.

Der Abgeordnete Stegerwald (Z.) wurde mit 332 von 388 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt, 25 Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Ludwig (Unabh.), je eine auf die Abg. Jacobi, Adolf Hoffmann, Scholen und Apfelbaum, sämtlich Kommunisten, 4 Zettel waren ungültig, 23 unbeschrieben.

Auf Antrag Herold wurde Leinert durch Zuruf zum Präsidenten des preußischen Landtages wiedergewählt, desgl. Dr. Porsch zum 1. Vizepräsidenten, Dr. von Kries zum 2. und Garnich zum 3. Vizepräsidenten.

Abg. **Schönbeck** (Komm.) begründet hierauf einen Antrag seiner Fraktion auf Haftentlassung des von der englischen Besatzungsbehörde in Solingen verhafteten Abgeordneten Plenge.

Der kommunistische Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Ein Antrag Dr. von Krause (D. Vp.) auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Schuster wird an den Geschäftsordnungsausschuß, die Anträge Koch-Oeynhausen und Dr. von Krause auf Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der neuen Provinzen Preußens werden in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 14. April.

Tagesordnung: Kommunistische Interpellation über die Vorgänge in Mitteldeutschland.

Gegen die künstliche Entrüstung der Franzosen.

Berlin, 9. April. Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: In seiner zweiten Rede bei der Debatte über die auswärtige Politik in der französischen Kammer am 6. April hat der französische Ministerpräsident Briand über den Inhalt des dem hiesigen amerikanischen Kommissar am 21. März d. J. übergebenen Memorandums, soweit es die Wiederaufbaufrage betrifft, in bitteren Worten Beschwerde geführt. Diese Entrüstung erscheint nicht recht verständlich. Zunächst war deutscherseits bemerkt worden, die früheren Bewohner des zerstörten Gebiets hätten sich in andern Teilen seßhaft gemacht. Diese Behauptung ist auch nach den Darlegungen Briands nicht unzutreffend, denn er gibt an, daß von den 7,4 Millionen Bewohnern der zerstörten Gebiete 3,3 Millionen auch heute noch nicht dorthin zurückgekehrt seien. Weiter war in dem Memorandum darauf hingewiesen, daß einflußreiche Unternehmergruppen mit der Verwertung von Material und Aufräumungsarbeiten beschäftigt seien und die Abwicklung ihrer Aufgabe in keiner Weise beschleunigten. Hierzu mag auf die im Intransigeant neulich wiedergegebenen Aeußerungen des Ministers Loucheur verwiesen werden, in welchen dieser selbst die schweren Mißstände hervorgehoben hat, die durch Spekulationsankäufe in den zerstörten Gebieten unter Vernachlässigung des Wiederaufbaues entstanden sind. Loucheur hat u. a. folgendes gesagt: Man kaufte eine Farm für 12 000 Franks, welche 80 000 Franks für Kriegsschäden einsteckt. Dieses Pachtgut wird dann verlassen und dient zu nichts mehr in keiner Weise, denn es macht den Boden Frankreichs nicht produktiv. Man kauft für 100 000 Franks eine Fabrik, die eine Million Wert hat. Man begnügt sich, die Kriegsschäden zu diskontieren und die Fabrik zu schließen.

Endlich ist in dem Memorandum hervorgehoben worden, daß mächtige Kreise in Frankreich in den zerstörten Gebieten eine außerordentlich starkes politisches Agitationsmittel erblicken. Diese Tatsache ist schwer zu bestreiten. Die planmäßige Organisation von Vereinen in den zerstörten Gebieten ist ein Beweis dafür. Die Andenken-Industrie und ähnliches haben seltsame Auswüchse in dieser Beziehung gezeitigt. Es ist deutscherseits nicht behauptet worden, daß ganz Frankreich diese Art der Agitation billigt, daß weite Kreise sie pflegen, ist unleugbar.

Unter diesen Umständen ist die Behauptung, Deutschland habe Frankreich wider besseres Wissen bei Amerika verleumdet, nur durch eine völlige Verkennung der deutschen Absicht zu erklären. Die amerikanische Regierung hat in dem Memorandum den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen geglaubt, zu Verhandlungen der Alliierten auf einer neuen Basis zu gelangen. Diese Stellungnahme der amerikanischen Regierung wäre nicht verständlich, wenn das Memorandum tatsächliche Verleumdungen enthielte. Es handelt sich vielmehr um Tatsachen, deren Hervorhebung der deutschen Regierung nicht verdacht werden kann gegenüber den mannigfachen Angriffen, die selbst von alliierten Staatsmännern in der Wiederaufbaufrage gegen Deutschland gerichtet worden sind.

Die Verräter.

Vor einer Strafkammer des Berliner Landgerichtes hat sich ein Prozeß abgespielt, der ein grelles Schlaglicht auf unsere nationalen Zustände wirft. Der Herausgeber der „Staatsbürgerzeitung," Rudolf Lebius, ein in politischen Kreisen als ziemlicher Wirrkopf bekannter Mann, hatte in seiner Zeitung Anfang des Jahres zwei Artikel gegen den Bund „Neues Vaterland" veröffentlicht, die in ziemlich unverhüllter Form zum Niederschießen der deutschen Landesverräter vom Schlage der Grelling, Harden, von Gerlach usw. aufforderten. Die Staatsanwaltschaft hatte auf Grund dieser Artikel gegen Lebius ein Verfahren wegen Anstiftung zum Mord eingeleitet. Man muß sagen: mit vollem Recht, denn dahin darf es in Deutschland wirklich nicht kommen, daß jeder gegenüber nationalen Schädlingen zur Selbstwehr zu greifen sich berechtigt fühlt. Man kann dabei allerdings nicht die Bemerkung unterdrücken, daß die Staatsanwaltschaft, bisher jedenfalls, gegenüber ähnlichen Aufforderungen von kommunistischer Seite eine unbegreifliche Langmut gezeigt hat. Das Gericht hat Herrn Lebius zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das ist gewiß keine allzu scharfe Sühne für das in Rede stehende Vergehen. Aber wenn man den Gang der Verhandlung verfolgt, so wird einem gut verständlich, warum sich das Gericht zu einer solch milden Ahndung entschloß. Der Urteilsspruch lehnt es ab, Stellung zu den politischen Ansichten des Bundes „Neues Vaterland" zu nehmen. Aber das freiere Urteil der Oeffentlichkeit muß nach dem in der Verhandlung zutage getretenen Material zu dem Schluß kommen, daß dieser edle Bund „Neues Vaterland" nichts mehr und nichts weniger als eine Propagandazentrale der Entente innerhalb unseres Vaterlandes darstellt. Die Zeugenaussagen, die der Generalsekretär dieses Bundes, Herr Otto Lohmann-Rußbüldt widerwillig zu machen gezwungen war, gibt den schlüssigen Beweis dafür. Das nationaler Auffassung sicherlich nicht verdächtige „Berliner Tageblatt" sieht sich sogar gezwungen, möglichst weit von diesem Gesellen abzurücken, der sich in Deutschlands schwerster Zeit dazu hergab, den Franzosen die Besetzung des linken Rheinufers zu empfehlen, indem er ihnen erklärte, Deutschland schände den Versailler Vertrag und die Entwaffnung in Deutschland fände nur zum Scheine statt. Nimmt es Wunder, daß ein solcher „Deutscher" sich auch der Ueberzeugung rühmt, Deutschland trage einen wesentlichen Teil der Schuld am Kriege? Und die anderen Herren, deren politisches Verhalten in dieser Verhandlung grell beleuchtet wurde, was soll man zu ihnen sagen? Da ist Herr Grelling, der sich bei Ausbruch des Krieges dem Dienst im Schützengraben entzog, sich in die neutrale Schweiz begab und sein bekanntes Schandwerk „J'accuse" in dem Ententeverlag „Rayort u. Co." in Lausanne erscheinen ließ, wofür er zweifellos kein geringes Honorar bezog. Wurde doch dieses Buch in Tausenden von Exemplaren von französischen und englischen Fliegern über den deutschen Schützengräben abgeworfen, Herr von Gerlach ist übel genug bekannt, sein neuestes Stückchen ist sein Auftreten im besetzten Wiesbaden. Der „Hannoversche Kurier" berichtet darüber, daß sich Herr von Gerlach dort unter dem Schutz der französischen Bajonette eine das deutsche Gefühl auf das Tiefste verletzende Verherrlichung Frankreichs geleistet habe. Ein Gymnasiast, der gegen diesen Auchdeutschen aufzutreten wagte, wurde prompt von den Franzosen verhaftet. Maximilian Harden gehört natürlich auch mit zum „Bund". Ihm braucht man gewiß nicht mehr die Schelle umzuhängen, indem man Stellen aus Artikeln zitiert, die er der amerikanischen Presse in einer Zeit liefert, da Herr Viviani auf der Propagandareise in den Vereinigten Staaten begriffen ist. Ueber das vaterlandschädigende Verhalten des Professors Nicolai, des Verfassers der „Biologie des Krieges", hat der Senat der Universität Berlin unlängst ein genügend vernichtendes Urteil gefällt. Man könnte die Liste der Persönlichkeiten noch weit über die Zahl der im Prozeß genannten Namen hinaus erweitern und man wird bei jedem der angeführten sagen können: der Eine ist des Anderen würdig. Der Prozeß, der mit der tatsächlichen und berechtigten Verurteilung des Herrn Lebius schloß, hat den überaus guten Erfolg, daß er endlich einmal eine Reihe von Verrätern an den Pranger der öffentlichen Verachtung stellt, an den diese von rechtswegen schon längst gehören. Hoffentlich hat er

darüber hinaus auch noch den Erfolg, daß sich einmal ein Staatsanwalt findet, der das politische Verhalten dieser Herren objektiv, aber streng unter die juristische Lupe nimmt.

Neue deutsche Note in der Wiederaufbaufrage?

TU. **Paris**, 9. April. Eine Havasmeldung aus Berlin will wissen, daß die deutsche Regierung noch vor dem 1. Mai dem Obersten Rat eine Note überreichen wird, in der ein vollständiger Plan für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs entwickelt werden soll. Der Plan ist das Ergebnis der Beratungen, die gegenwärtig in Berlin zwischen den Sachverständigen und zuständigen Gruppen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stattfinden. Die Note wird am Schluß erneut den guten Willen Deutschlands betonen.

Aufstieg oder Niedergang?

Von Max Koslowski, Geschäftsführer des Gesamtverbandes Deutsch. Angestellten-Gewerkschaften.

Die Neuwahl der Betriebs- und Angestelltenräte ist im Gange. Der Geist, in dem sie ihre Aufgaben erfüllen, gibt den Ausschlag dafür, ob und in welchem Zeitmaß Deutschlands Wirtschaft bergauf oder bergab gehen soll. Deshalb mühen sich alle Kräfte, die entweder das eine oder das andere wollen, die Betriebs- und Angestelltenräte in ihren Bann zu ziehen, nicht nur Gewerkschaften, auch politische radikale Parteien.

Die Angestellten sind in den Betriebsräten der Regel nach in geringerer Zahl vertreten, so daß ihr Einfluß von der Persönlichkeit ihrer Vertreter abhängt. Die Angestellten im Betriebsrat müssen deshalb nicht nur „Interessenvertreter" sein, sondern auch den Betrieb überblicken, seine Abhängigkeiten, seine wirtschaftlichen Zusammenhänge, seine Bedürfnisse kennen, denn sie stehen in der Betriebsleitung. Besonders sind auch die technischen Angestellten (Ingenieure, Chemiker, Techniker, Werkmeister usw.) in der Lage, durch ihr Beispiel und durch ihren Sachverstand „für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen und den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren", wie das Gesetz die Aufgaben, die über die nackte Interessenvertretung der Angestellten und Arbeiter hinausgehen, umschreibt. Die Arbeit der Betriebs- und Angestelltenräte bedeutet hiernach: Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Betriebsinhaber, dessen Angestellten und Arbeitern.

Je nach dem Grade, wie diese Arbeitsgemeinschaften in den Hunderttausenden von Unternehmungen innerhalb unseres deutschen Vaterlandes mit gegenseitigem Verständnis und gutem Willen arbeiten oder versagen, wird unsere Wirtschaft gedeihen oder weiter kranken.

Die Angestellten, die ihre Vertretung im Zentralverband der Angestellten, im Bund der technischen Angestellten und Beamten und im Deutschen Werkmeisterverband sehen, welche wiederum zum Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) gehören, bekennen sich zum „unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit", zum „internationalen Klassenkampf", dessen Ziel die „Diktatur des Proletariats" ist. Folgerichtig verwerfen denn auch der Afa-Bund und mit ihm Zentralverband und Butab die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, der Werkmeisterverband hält damit nur noch so lange zurück, bis seine sämtlichen Mitglieder vom sozialistischen Geiste völlig durchtränkt sind. Nach dem Willen der Vorständekonferenz des Afa-Bundes vom 6. und 7. November 1920 wird von jedem Mitgliede der angeschlossenen Verbände das „unumwundene Bekenntnis zum Sozialismus" verlangt werden. Folgerichtig werden auch die Betriebs- und Angestelltenräte nur Gesinnungsgenossen der „sozialistischen Parteien" (Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Kommunisten) sein dürfen. In Berlin ist von Kandidaten, die auf die Listen der Afa-Verbände gesetzt werden wollen, verlangt worden, daß sie sich auf die Grundsätze der Amsterdamer Internationale verpflichten. So wurden denn auch auf der Tagung der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen des A. D. G. B. und des Afa-Bundes am 1. und 2. Februar 1921 die Beiräte ganz offen aufgefordert, „dafür einzutreten, daß bei den kommenden preußischen Landtagswahlen eine sozialistische Mehrheit erzielt werde, da hierdurch auch für die Betriebsräte allein die Möglichkeit gegeben sei, die Interessen ihrer Belegschaften wirklich wahrzunehmen". Unabhängige und Kommunisten spiesen heute in den Afa-Verbänden (Zentralverband der Angestellten, Butab und Werkmeisterverband) eine hervorragende Rolle mit der Absicht, ihre parteipolitischen Ziele mit Hilfe dieser Gewerkschaften durchzusetzen. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß die „gewerkschaftliche Kommission der K. P. D. und U. S. P. D." durch ihr bekanntes Rundschreiben („Freiheit", Nr. 489, vom 19. November 1920) ganz systematisch „die Zusammenfassung der kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften" eingeleitet hat.

Die Betriebs- und Angestelltenräte des Afa-Bundes (Zentralverband, Butab und Werkmeisterverband) werden also ganz offen mißbraucht, um sozialistische und kommunistische Ziele zu fördern. In diesem Sinne hat der Afa-Bund für die Neuwahl der Betriebs- und Angestelltenräte die Parole herausgegeben:

1. für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues;
2. für die Kontrolle der Produktion;
3. für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechtes in allen Fragen der Wirtschaftsführung;
4. für die Ueberführung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Die „Rote Fahne" (Nr. 57 vom 4. Februar 1921), rückt weit ab von diesen „verschwommenen Forderungen, die der Arbeiterschaft (Angestellte gibt es für sie nicht) nun schon, wer weiß zum wievielten Male, vorgesetzt werden". Sie verlangt „einen ernsten Kampf" auf der Grundlage des „offenen Briefes der V. K. P. D." (Nr. 11 vom 8. Januar 1921), worin sie unter anderem „die Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen" und die „Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe zur geschlossenen Aktion, die Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemittel durch die Betriebsräte" und dazu eine ganze Reihe rein politischer Forderungen aufstellt. Dafür ruft sie zum „rücksichtslosen Kampf" auf. Sie weiß auch eine Reihe von Fällen zu melden, in denen Betriebs- und Angestelltenräte sämtlicher sozialistischer Gruppen sich zu diesen Forderungen bekannt haben.

Turnen, Spiel und Sport.

Gründung eines Vereins Westdeutscher Sportpresse.

△ Die Sportbewegung in Deutschland beginnt mehr und mehr alle Kreise des Volkes zu erfassen. Nicht in letzter Linie ist es da Aufgabe der Presse — vornehmlich der Tageszeitungen — über die Bedeutung des Sports als Mittel zur körperlichen Ertüchtigung von Jugend und Volk ihre Leserschaft zu unterrichten. Die Presse hat es auch sofort selbstlos übernommen, den Sport-, Spiel- und Turnverbänden in ihren nationalen Bestrebungen zur Hand zu gehen. Leider jedoch droht der eingeschlagene Weg der Sportberichterstattung von dem eigentlichen Ziel, den Gedanken der Sportpflege ins Volk zu tragen, immer weiter abzuweichen. Es soll nicht so sehr Wert auf eine breit angelegte, in alle Einzelheiten des Spiels sich einfühlende Berichterstattung, sondern mehr auf eine geistige Durchdringung der ganzen Sportbewegung gelegt werden. Das geistige Niveau des Sports soll eine Hebung erfahren durch eine Ausgestaltung des Sportteils nach der fachlich-einführenden, belehrenden und erziehlichen Seite hin. Dadurch erst wird es auf die Dauer gelingen können, den Sport in allen seinen Zweigen zum Gemeingut des Volkes zu machen.

Um diesen Gedanken den am Sport beruflich interessierten Sportredakteuren, Sportschriftstellern und Sportjournalisten näher zu bringen, und um weiter ein Instrument zweckmäßiger Einwirkung auf alle Kreise zu haben, regten führende Sportleute und Sportredakteure des Westdeutschen Spielverbandes die Gründung eines „Vereins Westdeutscher Sport-Presse" an. Zu einer ersten Besprechung hatten sich daher am Samstag, 9. April, in Düsseldorf im Benzrather Hof eine große Anzahl von Sportredakteuren und Sportschriftstellern zusammengefunden. In einer ergiebigen Aussprache, in der bekannte Sportfreunde wie Friedrich Grolms (Elberfeld), Heinz Haeffs und Detmar Wette (Düsseldorf), Kest (Duisburg), Recker (Aachen) und andere ihre Ansichten in oben ausgeführtem Sinne darlegten, wurde die geplante Gründung des Vereins Westdeutscher Sportpresse für ein dringendes Erfordernis gehalten und beschlossen. Die Einberufer der Versammlung, Haeffs, Grolms und Wette, wurden mit der Abfassung der Vereinssatzungen und der Vorbereitung einer endgültigen Gründungsversammlung beauftragt. Es darf erwartet werden, daß alle Zeitungen, soweit sie den Sport pflegen, dieser Organisation ihr Interesse zuwenden und durch Zusammenschluß der Redakteure und Sportschriftsteller dazu mithelfen, die Sportbewegung in Bahnen zu lenken, die der Bedeutung der Sache entspricht.

Lehrkursus der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, Berlin.

in Bochum vom 2. bis 14. Mai 1921.

Der Reichsausschuß für Leibesübungen gibt den Vereinen der angeschlossenen Verbände sowie der Lehrerschaft in Bochum und angrenzenden Bezirke Gelegenheit, ihre Mitglieder theoretisch und praktisch mit den neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete folgenden Volkssports vertraut zu machen: Turnen-Turnspiele, Leichtathletik, Fußball, Schwimmen, Boxen, Schwerathletik und Radfahren. Es sollen zwei Lehrgänge abgehalten werden, einer morgens für Lehrer und Lehrerinnen, der andere nachmittags für Verbände und Vereine. Die wissenschaftlichen Vorträge sind des Abends. Die Hauptleitung für den theoretischen Unterricht liegt in den Händen eines von der Hochschule für Leibesübungen zu entsendenden Professors. Vorgesehen sind die Sportärzte Dr. Mallwitz oder Dr. Brustmann. Für den praktischen Teil ist als Hauptleiter der bekannte Sportwart des westdeutschen Spielverbandes, Sportlehrer Busch, Elberfeld, ernannt, ferner sind für die einzelnen Sportzweige hervorragende Autoritäten gewonnen. Der Kursus soll, wie oben bereits erwähnt, vom 2. bis 14. Mai d. J. stattfinden. Meldung der Kursusteilnehmer geschieht durch die Vereine an den Stadtverband für Leibesübungen, Herrn O. Regelmann, Bochum, Hattingerstraße 9. Meldeschluß ist am 28. April d. J. Die Teilnahmegebühr beträgt für alle je 30 Mark. Nach Beendigung des Kursus erhält jeder Teilnehmer vom Reichsausschuß für Leibesübungen, Berlin, eine Teilnahmebescheinigung.

Fußball.

Ergebnisse vom 9. und 10. April.

Bochumer Vereine. Arminia Bielefeld — T. Sp. 48 Bochum 2:5. Sp. Fr. Essen — V. V. 07 Bochum 9:4. Preußen Bochum — Hörde 3:2. F. Cl. 06 Bochum — Germania Braunschweig-Wolfenbüttel 3:1. F. Cl. Witten — Braunschweig-Wolfenbüttel 3:4. Phönix Bochum — Winz-Baak 1:1. Germania Bochum — Hagen 1868 3:1. Germania — Plettenberg 3:1.

B-Klasse: Stiepel — Annen 2:6. Gerthe — Bommern 5:0. Harpen — Langendreer 2:0.

Untere Mannschaften: F. Cl. 06 2 — Höntrop 1 1:1. F. Cl. 06 3 — Langendreer 3 1:2. T. Sp. 48 2 — Curl 1 2:1. T. Sp. 48 3 — Curl 2 10:1.

*

F. Cl. 06 Bochum — Sp. V. Germania Wolfenbüttel-Braunschweig 3:1. Zum Abendspiel hatte der F. Cl. 06 Wolfenbüttel verpflichtet einen Verein, der sich durch sein Können zur norddeutschen Ligaklasse emporgearbeitet hat. Bochum hatte eine Umstellung seiner Mannschaft vorgenommen. Der eine Verteidiger war als Mittelstürmer aufgestellt und bewährte sich als solcher besser als halbrechts. Nach Anstoß entwickelt sich gleich ein flottes Spiel, Bochum aufgeregt, während beim Gast sofort die bessere Technik durchdringt, doch ist der Sturm des Letzteren vorm Tor zu weich. Mehrere gute Gelegenheiten werden von den Hiesigen verpaßt. Endlich nach halbstündiger Spielzeit zieht der Halbrechte der 06er einen Ball über den Kopf. Der Torwart des Gegners steht vor seinem Heiligtum und kann den Ball nicht mehr erreichen. 1:0 für Bochum. Wieder verteiltes Feldspiel, der 06er Sturm geht geschlossener vor und der Halblinke vermag eine Flanke unhaltbar zu verwandeln. Sodann Halbzeit. Nach ihr dasselbe Bild. Wolfenbüttel läßt etwas nach, Bochum zeigt gute Kombination, doch verdirbt der Linksaußen, der heute allzuviel Müdigkeit zeigt, viel durch Abseitsstellung. Dann erfolgt eine hohe Flanke des Rechtsaußen, wiederum steht der Torwart der Gäste zuweit von seinem Heiligtum und Bochum führt mit 3:0. Beim Gegner tritt eine kleine Entmutigung ein, die jedoch nur kurz ist, dann zeigt er wieder norddeutsche Klasse. Die heimische Hintermannschaft ist zu übermütig geworden und rückt zuweit vor, während der Torwart zu viel fürs Publikum spielt. Dadurch vermag der Gast kurz vor Schluß das wohlverdiente Ehrentor zu erzielen. — Die Gäste hinterließen einen guten Eindruck, schönes Flankenspiel, Innensturm zu weich. Technisch auf voller Höhe. Flankenstürmer und Verteidigung vorzüglich. — Bochum zeigte schöne Kombination, Verteidigung und Niemeyer als Mittelstürmer gut.

T. V. Werne — Hörde 2:0. Zum letzten Meisterschaftsspiele standen sich obige Gegner in Werne gegenüber. Werne wußte, daß es um den Aufstieg in die Liga ging und strengte sich demgemäß an. Zunächst sieht man verteiltes Spiel. Hörde ist flink am Ball und versucht mit aller Macht in Führung zu gehen. Doch Werne rafft sich auf und findet sich bald besser. Eine Ecke für den Platzverein wird schön eingeschossen, die der Torwart des Gegners gut hält. Das Spiel nimmt an Schärfe zu. Ein von Hörde getretener Zufallsball geht über die Torlatte. Hörde verpaßt viele Gelegenheiten. Turnverein schafft brenzliche Momente vor der Gäste Tor, doch zum neuen Erfolg reicht es beiderseits nicht und mit 0:0 geht es in die Pause. Nach derselben bemerkt man eine Ueberlegenheit des Platzvereins. Derselbe drängt mächtig und erreicht bald durch den Linksaußen den ersten Erfolg. Ein weiterer Angriff endet beim Torwart. Bald kann Werne durch den Rechtsaußen das zweite Tor erzielen. Nach und nach kommt auch Hörde wieder auf, doch jeden Angriff weiß die Verteidigung des Platzvereins sicher abzuwehren. Ein Elfmeter für Werne wird gehalten. Beim Schlußpfiff hat Werne verdient gewonnen. Hörde körperlich überlegen, Torwart gut. Turnverein technisch besser, Torwart und Verteidigung gut. Bei der Zwischenrunde dürfte derselbe ein ernstes Wort mitreden.

*

Westfalen und Rheinland: Essen: T. V. Essen — Düsseldorf 99 1:1. Essen-West — Sp. Cl. Cronenburg 3:3. Hagen 1860 — V. f. V. Remscheid 1:2. Borussia Solingen — V. f. V. Ohligs 3:3. V. Cl. Gräfrath — Barmen 72 3:0. F. Cl. Solingen — Meiderich 06 1:2. V. f. V. Barmen — T. Sp. V. Gevelsberg 4:2. V. V. Solingen — Sp. Sp. Elberfeld 0:5. Preußen Wanne — Hamborn 08 1:2. Viktoria Duisburg — Sp. V. Homberg 1:1. Eintracht Duisburg — Preußen Crefeld 1:1. Union Düsseldorf — V. V. 04 3:1. V. Cl. 05 Düsseldorf — Alemannia Aachen 1:1. Düsseldorf 47 — Buer 07 0:1. Neheim — V. f. V. Remscheid 0:1.

Handball.

T. Sp. 48 — Preußen Bochum 5:0. Zum ersten Male sahen wir in Bochum ein Spiel zweier Handballmannschaften. Wenn man mit einem gewissen Vorurteil diesem ersten Spiel entgegensah, so wurde man doch angenehm enttäuscht, als sich zeigte, wie sicher beide Mannschaften das Spiel bereits beherrschten. Bei den Preußen bemerkte man in der ersten Halbzeit eine kleine Aufgeregtheit und Planlosigkeit, während der Sturm der 48er äußerst schnell und sicher drängte. Dadurch vermochten die Letzteren bereits bis zur Pause das Resultat auf 5:0 zu stellen. In jeder zweiten Hälfte hatte Preußen eine Umstellung vorgenommen, die sich besser bewährte. Das Spiel wurde dadurch verteilter und verlief torlos. — Für die Leichtathleten ein neues schönes Spiel, welches große Geschicktheit erfordert und alle Muskeln anspannt. Wohl befriedigt von diesem ersten Handballspiel verließen die Zuschauer den Platz.

Für die meisten Angestellten ist der Beruf der alleinige oder doch der hauptsächliche Wirkungskreis, die Auffassung des Berufes zugleich Lebenserfüllung. Träger dieser Auffassung sind die Gewerkschaften. Wer da weiß, wie systematisch die radikalen sozialistischen Parteien die freien Gewerkschaften mit ihren Gedanken zu durchdringen suchen, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, dem ist klar, daß die Wahl freigewerkschaftlicher Betriebsräte immer weiter zum Verderb unserer Wirtschaft, zur Verschüttung ihrer Hilfsquellen führt. Was wir bisher an „Kontrolle der Produktion", an „sozialistischer Gemeinwirtschaft" erlebt haben, das ist unserer Wirtschaft zum größten Verhängnis geworden, für die Angestellten aber bedeutet es Untergrabung ihrer Berufsfreudigkeit, Mißachtung ihrer Erfahrungen und Kenntnisse.

Jeder Angestellte, der es ehrlich meint mit seiner Berufsarbeit und mit unserem Volk in seinen Nöten, muß wünschen, daß die Zeit der Schlagworte überwunden wird, daß die „Parolen, Demonstrationen und Aktionen" so schnell wie möglich vorübergehen. Wo ist Rettung?

Rettung liegt allein in der Erweckung des Pflichtgefühls der Arbeitenden, vor allem der Angestellten. Auf Pflichtgefühl nur kann sich eine wahre Gemeinwirtschaft aufbauen, auf Pflichtgefühl sich der Anspruch, in der Wirtschaft mitbestimmen zu wollen, gründen, im Pflichtgefühl muß die Vertretung von Rechten und Interessen ihre Begründung finden, aber auch die Grenze, über die hinaus das Wohl der Volksgesamtheit über dem Wohl des einzelnen steht, denn in einem wahrhaft sozialen Gemeinwesen darf das Wohl des einzelnen nur auf dem Wohl des Ganzen beruhen. Es ist ein Unding, daß jeder, der die Macht dazu hat, die Hand an die Gurgel des Staates, eben der Gesamtheit, legt, um seinen eigenen Wünschen Nachdruck zu schaffen. Wir wollen, wir müssen heraus aus diesen Zuständen!

Brauchen die Angestellten, die sich als Vertreter des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Berlin SW. 68, Charlottenstraße 86) hierzu bekennen, darum weniger selbstbewußte, weniger aufrechte Männer zu sein, als die Vertreter der freien Gewerkschaften? Im Gegenteil, je bewußter wir uns unserer Pflichten sind, um so größer unsere Berechtigung, mitzuraten und mitzutaten. Die national und christlich gesonnenen Angestellten sehen in der Forderung einer Gemeinwirtschaft, in der Forderung eines Mitbestimmungsrechts, in der Hebung der Erzeugung nicht Schlagworte, sondern lebendige Begriffe. Sie verkennen nicht, daß der Arbeiter ihr Kamerad ist, der zwar am anderen Platze steht, der aber gleich ihnen das Bedürfnis hat, als beseelter Mensch ein inneres Verhältnis zu seiner Arbeit zu gewinnen, als schaffender Mensch und sittliche Persönlichkeit gewertet zu sein. Sie wollen sich nicht seiner Diktatur beugen, denn sie wollen ihre Stellung als Mitglieder unserer Wirtschaft erhalten, sie wollen aber auch seine Gleichberechtigung nicht angreifen. Sie wollen aber auch in dem Unternehmer nicht immer den verhaßten Feind, sie wollen auch in ihm einen arbeitenden Menschen und Volksgenossen sehen, der seine Aufgaben im Rahmen der gemeinsamen Arbeit zu erfüllen hat. Sie sind sich bewußt, daß Geldmachen für viele Unternehmer den Inhalt ihres Daseins ausmacht. Ist das ein Wunder in einer Zeit, wo die Selbstsucht Orgien feiert? Hat die international gerichtete Sozialdemokratie das Recht, dem international gerichteten Kapital aus seiner Eigenart einen Vorwurf zu machen? Die nationalen Angestellten sehen diese Zustände mit Schmerz und haben den festen Willen, auch im Unternehmertum, das besonders in der Industrie mit den Schicksalen des deutschen Vaterlandes eng verknüpft bleibt, das nationale Pflichtbewußtsein wachzurufen. Was dem Vertreter grundsätzlichen Klassenkampfes nicht gelingen kann, weil ihm die Brücke der Verständigung fehlt, das kann dem Volksgenossen gelingen, weil er die gemeinsamen Pflichten gegen das Volksganze zur Richtschnur seines Handelns nehmen wird. Darum werden Betriebs- und Angestelltenräte aus den Kreisen der nationalen Angestellten nicht bequemer für den Unternehmer sein als Freigewerkschaftler. Diese sind mit einer Befriedigung ihres Klasseninteresses abgefunden, und die Unfruchtbarkeit ihrer Ideen verurteilt sie trotz allem Wortradikalismus zur Einflußlosigkeit. Jene werden als Männer, die sich für die Zukunft des ganzen Volkes mit verantwortlich fühlen, vom Unternehmer verlangen, daß auch er seine Güter und Gaben in diesem Gedanken nütze. So gesonnene Betriebs- und Angestelltenräte sind für Schieberei und Wucher, Bilanzverschleierungen und Steuerhinterziehungen, für die Herstellung von Schundware, für die Verschleuderung lebensnotwendiger Maschinen und Rohstoffe nicht zu haben, sie verlangen und geben ehrliche Arbeit, treueste Pflichterfüllung, Gemeinsinn.

Urteile der Sondergerichte.

TBO. **Gelsenkirchen**, 11. April. Das außerordentliche Gericht für den Landgerichtsbereich Essen verurteilte den Parteisekretär der VKPD., Mathias Rübhausen von hier, der in den Ostertagen in Gelsenkirchen den Generalstreik ausgerufen und die Arbeiter zum bewaffneten Aufstand aufgehetzt hat, zu vier Jahren Zuchthaus.

—* **Hagen**, 10. April. Vor dem außerordentlichen Gericht zur Aburteilung der beim Kommunistenputsch im hiesigen Gerichtsbezirk verübten Verbrechen und Vergehen wurde das Urteil über 9 Angeklagte gefällt. Das Gericht erkannte bei zwei Angeklagten auf 4 Jahre Zuchthaus, bei einem Angeklagten auf 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus, gegen einen weiteren auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten auf 2 Jahre Gefängnis.

— **Halle**, 10. April. Das hiesige Sondergericht verurteilte die Arbeiter Richard Koch und Karl Kaiser aus Teutschental, die beschuldigt waren, sich bewaffneten Haufen angeschlossen und sich gegen das Sprengstoffgesetz vergangen zu haben, wegen Landfriedensbruchs zu einer Gesamtstrafe von je 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Drei weitere Angeklagte wurden wegen Anschlusses an eine bewaffnete kommunistische Bande zu 10, 7 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der als Mittäter des gestern zum Tode verurteilten Arbeiters Paul Jakob seinerzeit in Haft genommene Arbeiter Stanislaus Harbch hat sich heute im Untersuchungsgefängnis erhängt. Der 20jährige Selbstmörder war der Schwager des Ammendorfer Eisenbahnattentäters Jakob, war schon mehrfach vorbestraft und geständig, das Eisenbahnattentat bei Gröbers am 22. März, durch das der Leipziger D-Zug zum Entgleisen gebracht wurde, in Gemeinschaft mit Jakob begangen zu haben.

Die rote Gefahr in England.

Lloyd Georges erster Vermittlungsversuch ist recht gründlich gescheitert. Da der englische Premier, wie er außenpolitisch genugsam bewiesen hat, ein sehr beweglicher Mann ist, so wird er keinen Augenblick Bedenken tragen, eine zweite Aktion zu versuchen und diese durch eine dritte und vierte fortzusetzen, bis es ihm gelungen ist, eine Verständigungsbasis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen. Es fragt sich nur, ob die überstürzt fortschreitende Entwicklung ihm genügend Zeit für eine Erfolg versprechende Vermittlungstätigkeit läßt. Gegenwärtig erscheint die Lage jedenfalls auf das Aeußerste verschärft. Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben ihre Drohung wahrgemacht und den Entschluß gefaßt, in den Solidaritätsstreik mit den Bergarbeitern zu treten. Das bedeutet den Generalstreik in England. Und zwar einen Generalstreik von einer Ausdehnung, wie wir ihn in dem doch gewiß streikgewohnten Deutschland noch nicht erlebt haben. Gerade die ungeheuerliche Ausdehnung der Aufstandsbewegung zwingt die englische Regierung, zu den schärfsten Maßnahmen zu greifen. Maßnahmen, die zwangsläufig eine Gegenaktion der Arbeiter hervorrufen müssen. Diese Aktion der Arbeiterschaft befindet sich ohne Zweifel bereits im Stadium der Vorbereitung. Sie stellt für das ganze wirtschaftliche Gefüge Englands eine Gefahr dar, die unabsehbare Folgen haben kann, die aber erst dann brennend wird, wenn der wirtschaftliche Kampf in den politischen umschlägt. Bisher haben die englischen Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum immer eine erstaunliche Disziplin bewiesen und mit Bewußtsein die Frage der politischen Macht ausgeschaltet. Die ganze bisherige Entwicklung der neuen großen Bewegung spricht

unserer Pflichten
echtigung, mitzu-
onal und christlich
n der Forderung
derung eines Mit-
g der Erzeugung
ge Begriffe. Die
ihr Kamerad ist.
t, der aber gleich
elter Mensch ein
heit zu gewinnen,
che Persönlichkeit
nicht seiner Dikta-
re Stellung als
halten, sie wollen
ng nicht angrei-
Unternehmer nicht
wollen auch in
nd Volksgenossen
men der gemein-
Sie sind sich be-
Unternehmer den
ist das ein Wun-
cht Orgien feiert?
Sozialdemokratie
richteten Kapital
urf zu machen?
diese Zustände
Willen, auch im
n der Industrie
Vaterlandes eng
Pflichtbewußtsein
grundsätzlichen
n, weil ihm die
das kann dem
die gemeinsamen
zur Richtschnur
Darum werden
us den Kreisen
equemer für den
schaftler. Diese
Klasseninteresses
eit ihrer Ideen
dikalismus zur
s Männer, die
Volkes mit ver-
mer verlangen,
aben in diesem
Betriebs- und
er und Wucher,
hinterziehungen,
re, für die Ver-
Maschinen und
gen und geben
llung, Gemein-

ichte.

as außerordent-
reich Essen der-
KPD., Mathias
n Ostertagen in
erufen und die
aufgehetzt hat.

n außerordent-
beim Kommu-
k verübten Ver-
Urteil über
cht erkannte bei
haus, bei einem
uchthaus, gegen
nate Zuchthaus,
f 2 Jahre Ge-

e Sondergericht
und Karl Kal-
waren, sich be-
sich gegen das
n, wegen Land-
von je 2 Jah-
nd fünf Jahren
wurden wegen
umistische Bande
n is verurteilt.
ode verurteilten
haft genommene
heute im Un-
Der 20jährige
Ammendorfer
n mehrfach vor-
ahnattentat bei
r Leipziger D-
in Gemeinschaft

gland.

tlungsver-
heitert. Da
politisch genug-
cher Mann ist,
denken tragen,
nd diese durch
bis es ihm ge-
s zwischen Ar-
rzustellen. Es
fortschreitende
lr eine Erfolg
läßt. Gegen-
uf das Aeußer-
Transportar-
nacht und den
sstreik mit den
t den General-
n Generalstreik
n in dem doch
och nicht erlebt
e Ausdehnung
nglische Regie-
en zu greifen.
Gegenaktion der
se Aktion der
Zweifel bereits
Sie stellt für
Englands eins
n haben kann,
wenn der wirt-
mschlägt. Bis-
in ihren wirt-
t dem Unter-
Disziplin be-
ge der politi-
anze bisherige
wegung spricht

dafür, daß es diesmal anders sein wird. In Lancashire rauchen bereits die von den Arbeitern in Brand gesteckten öffentlichen Gebäude, in Wales ersaufen die Schächte, in den Industriezentren Schottlands wurde die englische Sowjetrepublik ausgerufen. **Die „rote Gefahr" in England marschiert.**

Die von Deutschland zu ersetzenden Zuwendungen.

w. **Paris**, 10. April. Die Reparationskommission veröffentlicht heute ihre Entscheidung in der Frage der von Deutschland zu ersetzenden Zuwendungen. Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut: 1. Die vor dem 31. Dezember 1918 liegenden Zuwendungen werden für jedes Jahr auf Grund des in Frankreich in dem genannten Jahre angewandten Durchschnittstarifs berechnet. 2. Zu den Mobilisierten und im Heeree Gedienten im Sinne des Absatzes 7 des Anhanges 1 gehören die Kolonialtruppen jeder der alliierten und assoziierten Mächte. 3. Der im Sinne des Absatzes 7 des Anhangs 1 in Frankreich angewandte Durchschnittstarif ist als Pauschaltarif (tarif forfaitaire), nicht als Maximaltarif anzusehen. 4. Für die Schätzung der Deutschland auf Grund des Absatzes 7 des Anhanges 1 zur Last zu legenden Summe werden zwei verschiedene Zuwendungstarife aufgestellt werden von denen einer für die Familienzuwendungen, für die weißen und ihnen gleichgestellten Truppen, der andere für die Zuwendungen für die Eingeborenen-Truppen der französischen Armee berechnet wird. Diese Durchschnittssätze werden je nachdem bei den weißen oder ihnen gleichgestellten Truppen und bei den Eingeborenen-Truppen aller alliierten und assoziierten Mächte angewandt werden. 5. Die alliierten und assoziierten Mächte können auf Grund des Absatzes 7 des Anhangs 1 keinen Ersatz für die den Hauptlingen der Eingeborenenstämme gewährten Zuwendungen verlangen. 6. Frankreich hat das Recht, in der Liste der Zuwendungen, für die kraft des Absatzes 7 des Anhangs 1 von Deutschland Ersatz verlangt wird, die Zuwendungen mit aufzunehmen, die kraft des französischen Gesetzes den Familien der mobilisierten Beamten geleistet worden wären, wenn diese Beamten nicht andererseits ihr Zivilgehalt während der Zeit, in der sie mobilisiert waren, weiter erhalten hätten.

Handel und Industrie.

* **Essener Bergwerksverein König Wilhelm in Essen.** Die Haupt-Versammlung setzte die Dividende auf 20 Prozent für die Stammaktien und auf 25 Prozent für die Vorzugsaktien fest. Ueber die Geschäftslage teilte der Vorsitzende mit, die Kohlenförderung sei durch das starke Anwachsen der Belegschaften erheblich gestiegen. Der Effekt sei aber nach wie vor recht ungünstig. Infolge des Wagenmangels werde man ziemlich erhebliche Mengen der Förderung auf Lager nehmen müssen.

* **Keine Aenderung der Zündholzpreise.** Die Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. in Berlin teilt mit, daß gemäß Beschlüssen des Verwaltungsrates der Zündholzindustrie, in welchem Erzeuger, Großhändler, Kleinhändler und Verbraucher vertreten sind, die bisherigen Preise für Zündhölzer in- und ausländischer Erzeugung, nämlich 2,50 Mk. für das Paket a 10 Schachteln oder 25 Pfg. für die Schachtel, bis auf weiteres bestehen bleiben. Eine Preisherabsetzung, von welcher in Handelskreisen in der letzten Zeit gesprochen wurde, läßt sich nicht ermöglichen, doch kann in Aussicht gestellt werden, daß die Bewirtschaftung der Zündhölzer am 1. Juli d. J. ihr Ende findet.

* **Berlin**, 9. April. Der Verkehr an der heutigen Börse hielt sich in geringen Grenzen. Am Wochenschluß zeigte sich Neigung zu Glattstellungen, was auf das Kursniveau drückte. Infolgedessen zeigten sich überwiegend leichte Kursrückgänge, jedoch hielten sich diese in ganz geringen Grenzen.

Berliner Börsenkurse.

vom 9. April 1921.

	IDiv.	8. 4.	9. 4.		IDiv.	8. 4.	9. 4.
Com.-u. Privatb.	9	213 50	213,—	Essener Steink.	12	412.—	412,—
Darmst. Bank	8	181.—	180,25	Gelsenk. Bergw.	11	340,—	338 —
Deutsche Bank	10	298.50	298,75	Gelsenk. Gußst.	10	401,—	408,—
Disk.-Ges.-A.	9	250.—	249 —	Hamb. Paketf.	—	186.75	187,50
Dresdner Bank	9	217.50	219 —	Harp. Bergw.	12	478,—	—,—
Ess. Cred.-Anst.	9	187,—	188,—	Hasp. Eis- u. St.	20	—,—	—,—
Mitteld. Cred.-B.	9	180,—	180,50	HumboldMasch.	—	282 —	284.75
Pr. Centr.-Bod.	8½	158,—	158,—	Höchster Farben	14	434,—	428.—
Reichsbank	8.79	146,62	146,9/	Hösch, Stahlw.	24	785,—	784.75
Rh.-W. Bd.-Cr.	6	124,—	—,—	Köln-Neuessen	15	528.—	528,—
Boch. Viktoria	12	343,—	343,—	Königsborn	12	760,—	760,—
Müser Langend.	12	441,—	—,—	Küppersbusch	15	412,—	430,—
Schlegel Boch.	15	—,—	—,—	Laurahütte	20	340.25	336,75
Allg. Elektr.-G.	10	301,—	298.50	Magdeb. Bergw.	25	575,—	—,—
Arenberg	15	980,—	980,—	Mannesmann	20	833,—	823,—
Bad. Anilin	18	553,—	550 —	Mark Zement	25	528,—	520,—
Baleke Masch.	20	509,—	520,—	Masch.-F. Baum	—	440,—	471,—
Baroper Wals.	20	588,—	595 —	Mülh. Bergw.	11	480,—	483,—
Bergm. Elekt.	—	340,50	339,—	Nordd. Lloyd	—	155,—	158,75
Bismarck-Hütte	28	—,—	—,—	Oberschles. Eisenb. Bedarf	—	305,—	304,—
Boch.-Gels. Str.	9	—,—	—,—	Orenstein-Kopp.	16	553 50	548,50
Boch. Gußstahl	15	485,—	484 50	Phönix Bergw.	20	567.2	562.50
Buderus Eisen	7½	509,—	503,—	Rh. Braunkohle	20	659,50	665,—
Concordia Berg.	42	415,—	413,—	Rh. Stahlwerk	20	520,—	517 50
D.-Lux. Bergw.	8	325,25	322 75	Siemens-Halske	1	319,50	317,50
Deutsche Erdöl	—	945,—	965,—	Werlt. Draht	5	44,—	46,—
Deutsche Kali	25	383,—	378,—	" Eis. u. Draht	20	382,—	383,—
Dittmann Neuh.	32	840,—	840,—	Wicking Zem.	45	415,50	420,—
Dürkopp	25	585,—	610,—	Wittener Gußst.	80	—	—,—
Elberf. Farben	18	456,—	461,—				

Inländische Staatsanleihen.

		8. 4.	9. 4.			8. 4.	9. 4.
4% L. D. R.-A.	—	—,—	—,—	3½ % D. R.-A.	—	65,40	65,30
4% II. D. R.-A.	—	99,80	99.75	3% D. R.-Anl.	—	67,40	67,20
4% III	—	99,75	—,—	D. Sparp.-Pr. Anl	—	84,75	84 80
5½ % IV.-V.	—	81,—	81.—	5% D. Sch. A. 1921	—	100,	100.
4½ % VI.-IX.	—	72,10	72,—	5% do. 1922	—	99,60	99,60
5½ % 1924er	—	93,25	93,25	4% Pr. Kons.	—	68,40	68 90
5% D. R. Anl.	—	77,50	77,5(	3½ % Pr. Kons.	—	59,90	59,10
4% D. R.-Anl.	—	68,25	68,60	3% Pr. Kons.	—	54,25	53,10

Amtliche Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Für drahtliche Auszahlungen	8 April. Geld	8 April. Brief	9. April. Geld	9. April. Brief	Höchst. bish. G.	Münzparität
Holland 100 fl.	2132,65	2139,65	2137,85	2144,15	4196,—	168,75
Belgien 100 Fr.	454,—	455,—	453,50	454,50	786,75	81,—
Norwegen 100 Kr.	991,5	993,50	995 —	997,—	1848.	112,—
Dänemark 100 Kr.	1113,35	1116,15	1108,85	1111,15	1698,—	112,50
Schweden 100 Kr.	1449,50	1452,50	1455,—	1458,—	1998,—	112,50
Italien 100 Lire	266,70	267,30	269 70	270,3.	584 40	81,50
England 1 St.	241,375	241,875	241 37	241,87	350,65	20,—
Amerika 1 D	61,55½	61,69½	61,88	62,02	108,65	4,43
Frankreich 100 Fr.	436,55	437,45	436 0.	435,9.	798,—	81,20
Schweiz 100 Fr.	1066,40	1068,60	1070,15	1072,35	1709,30	81,—
Spanien 100 Pes	861,6	863,40	859,10	860,90	843,—	81,—
Dtsch.-Oest. 100 Kr.	16,46	16,52	16,73	16,77	—,—	85,—
Tsch.-Slow. 100 Kr.	83,45	83,65	84,15	84,35	101,15	—,—
Ungarn 100 Kr.	21,22	21,28	20,47	20,53	—,—	—,—

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Entspannung der Lage in England.

Sicherung der Notstandsarbeiten in den Bergwerken. — Heute neue Verhandlungen. — Geteilte Meinung der Eisenbahner.

—* **London**, 10. April. Daily Chronicle berichtet, daß das Finanzkomitee der Grubenbesitzer geneigt sei, den Bergarbeitern bessere Bedingungen zu gewähren.

w. **Paris**, 10. April. Havas zufolge melden die englischen Zeitungen, daß der nationale Verband der Bergarbeiter von verschiedenen Eisenbahnarbeiterorganisationen einen Protest gegen den bolschewistischen Charakter des jetzigen Streiks erhalten hat.

w. **London, 10. April. (Reuter.) Gestern abend erfolgte die unerwartete Ankündigung, daß der Bergarbeiterverband seine Mitglieder anweise, nichts gegen die zur Sicherheit der Bergwerke nötigen Maßnahmen zu unternehmen. Dies entspannte die Lage beträchtlich.** Für Montag wird eine weitere wichtige Entwicklung der Dinge erwartet. Man glaubt, daß die Ankündigung des Bergarbeiterverbandes eine Folge des gestern bei der Unterredung zwischen Regierung und Bergarbeiterverband von Lloyd George gemachten Angebotes sei, doch ist darüber noch nichts genaueres bekanntgegeben worden. **Während des ganzen gestrigen Tages strömten ununterbrochen Freiwillige durch London, die sich für alle Notstandsarbeiten während des Streikes zur Verfügung stellten.** Es war ein Bild, das an eine Aushebung während des Krieges erinnerte. Sämtliche **eingehende Berichte zeigen auch weiterhin die Abneigung der Eisenbahner, den Streik zu unterstützen.** Besonders bemerkenswert ist, daß die Eisenbahner in dem gewöhnlich sehr unruhigen Südwales in nichts den Streik begünstigen. Auch in Hull gehen die Meinungen der Eisenbahner hinsichtlich des Streiks sehr stark auseinander.

w. **London, 10. April. (Reuter.) Am Schluß der Sitzung des Arbeiterdreibundes wurde amtlich bekanntgegeben, daß am Montag eine neue Besprechung zwischen Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern stattfinden wird, ferner, daß der Bergarbeiterverband heute nacht an die in ihm zusammengeschlossenen Verbände eine Warnung ergehen lassen wird, in der alle Mitglieder angewiesen werden, sich jeder Handlung zu enthalten, die sich gegen die zur Sicherung der Bergwerke nötigen Maßnahmen wenden würde oder die Anwendung von Gewalt seitens der Regierung nach sich ziehen müßte.**

Die Stellung des Außenministers

D. **Bern**, 11. April. Der Berichterstatter des Matin, Sauerwein, hatte in Bern eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. Simons. Auf die Frage, was Deutschland zu tun gedenke, antwortete Dr. Simons: Ich kann keine bestimmten Mitteilungen machen, weil es unpassend wäre, dies durch die Presse zu tun und weil ich zunächst das Bedürfnis habe, nach einer langen Abwesenheit von Berlin mit dem Reichskanzler und den anderen Ministern zu sprechen, ehe wir ein neues Angebot machen können. Sollte dieses neue Angebot abgelehnt werden, so würde dies bei der Spannung die schon besteht, eine schwere Gefahr bedeuten. Ich habe niemals versucht, ein Eingreifen der Vereinigten Staaten zu verlangen. Unser Zweck bei Ueberreichung des deutschen Memorandums war nur der den deutschen Standpunkt gegenüber dem der Alliierten auseinander zu setzen, der in der letzten Rede von Lloyd George zum Ausdruck gekommen war. Was mich betrifft, so habe ich in Spaa den deutschen Willen, die verwüsteten Gebiete aufzubauen, klar ausgesprochen. Ich handelte in Uebereinstimmung mit allen amtlichen Erklärungen, die ich im Reichstage vorher abgegeben hatte. Aber es handelte sich nicht nur um den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete; Frankreich will auch Geld haben und Geld haben wir nicht. Wir müssen uns Geld beschaffen und das macht die größten Schwierigkeiten. **Wir können das Problem nur durch eine Verständigung mit Frankreich lösen. In der Wiedergutmachungsfrage ist Frankreich die herrschende Macht. Frankreich leitet die Alliierten, und ich bin fest davon überzeugt, daß keiner seiner Verbündeten es daran hindern wird, seine Rechte selbst in die Hand zu nehmen, und noch schärfere Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Wenn Frankreich uns zerschlagen will, kann es das tun; ich habe niemals auf die Uneinigkeit unter den Alliierten spekuliert.** Ich glaube nicht an die Verhandlungsmethode von Paris und London. Man muß neue Grundlagen suchen und neue Verhandlungsmethoden finden. In Brüssel waren wir auf dem besten Wege. Leider ist diese Methode nicht bis zum Schluß fortgesetzt worden. Man hat nach meiner Ansicht die Brüsseler Konferenz viel zu hastig betrieben, sodaß sie zu nichts führte. Ich habe unsere Thesen in London nach meinen Instruktionen entwickelt. Ich hatte kein Recht, den in Paris vorgeschlagenen abänderungsfähigen Faktor anzunehmen und ich konnte weder einen andern vorschlagen noch anregen, als die Frage einer Sachverständigenkonferenz zu überweisen. Man hatte sonst geglaubt, daß ich den Grundsatz der abänderungsfähigen Annuitäten ablehne. Das war aber nicht richtig.

Ich bin in London weitergegangen, als mit meinen Instruktionen vereinbar war, weil ich ein Mann bin, der viel mehr das Gefühl unserer Verpflichtungen hat, als diejenigen, die ihren Blick hauptsächlich auf die innere Politik richten.

Die Zahlungsfähigkeit unterliegt nicht nur technischer Beurteilung, sie ist auch eine psychologische Frage, denn die Arbeiterbewegungen spielen dabei eine sehr wichtige Rolle. Ich bin in dieser Hinsicht viel optimistischer, was Deutschland anbetrifft, als viele andere, aber das Abkommen, das man treffen will, muß in weitestem Maße diesem psychologischen Faktor Rechnung tragen.

Ich kann nichts genaues mehr sagen und sage dies nur in meinem Namen und hoffe, daß Sie aus meiner Erklärung den lebendigen Gedanken, der mich erfüllt, erkennen. **Ich bin nicht gewillt, in einer Regierung zu bleiben, die nicht ihre Pflicht bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit erfüllen will.** Ich erkläre, daß wir das eines Tages in unwiderlegbarer Weise darlegen werden. Ich bin überzeugt, daß das französische Volk es vorziehen wird, unsern guten Willen auf die Probe zu stellen, als durch den Druck der Waffen einen entwaffneten Gegner, ohne daß jemand daraus Nutzen ziehen könnte, zu Grunde zu richten. Die Fortsetzung und Ausdehnung der Zwangsmaßnahmen, wie ich aus dem Zustand der öffentlichen Meinung erkennen kann, wäre nicht nur eine Qual für Deutschland, sondern für ganz Europa.

Sauerwein hat den Eindruck, daß die Auslassungen Simons aufmerksam gelesen würden, denn die Frage sei außerordentlich schwierig und man müsse jedes Vorurteil vermeiden.

Neues französisch-englisches Abkommen.

Frankreich opfert, wenns nur gegen Deutschland geht.

D. **Berlin**, 11. April. Nach Mitteilung eines zuverlässigen Gewährsmannes der Morgenpost ist zwischen der Londoner Konferenz und der Briandschen Kammerrede **ein umfangreiches Abkommen zwischen England und Frankreich zustande gekommen.**

In diesem Abkommen sichert England den Franzosen jede notwendige militärische Hilfe gegen Deutschland zu.

Dafür hat Frankreich den folgenden Preis zahlen müssen:

Es ist desinteressiert in wesentlichen Teilen Vorderasiens. Frankreich verzichtet ferner auf eigene Politik in Rußland; es sichert endlich dem britischen Reich Waffenhilfe mit seiner ganzen Flotte für den Fall eines Konflikts mit irgend einer überseeischen Macht zu.

Für Schlesiens Verbleiben beim Reich.

w. **Breslau**, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schloßplatz auf Anregung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Bezirksgruppe Breslau eine große Massenkundgebung für das ungeteilte Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland veranstaltet. Ja Massen hatte sich die Bevölkerung Breslaus eingefunden, alle Stände und alle politischen Lager, sowie die Spitzen der Behörden waren vertreten. Fünf Redner der verschiedenen Parteien hielten Ansprachen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß Oberschlesien unserem Vaterlande auf ewig ungeteilt erhalten bleibt.

Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission über die Zölle.

w. **Paris**, 9. April. Havas veröffentlicht über das neue Zollregime eine Note, in der gesagt wird, die interalliierte Rheinlandkommission habe folgende Verordnungen getroffen:

1. Die an den alten Grenzen erhobenen Zölle sind dieselben wie die, die vor dem Inkrafttreten der von der Londoner Konferenz beschlossenen Sanktionen erhoben wurden.

2. Die bei der Einfuhr in das besetzte Gebiet an der neuen Grenze erhobenen Zölle werden nach dem deutschen Tarif, der auf ein Viertel herabgesetzt wird, erhoben.

3. Die am Ausgang des besetzten Gebietes nach dem nicht besetzten Deutschland erhobenen Zölle werden nach dem deutschen Tarif festgesetzt aber in Papiermark d. h. sie betragen ungefähr den zehnten Teil der Zollerhebung in Goldmark. Die Regelungen betreffend des Durchgangsverkehrs der importierten Ware sind erlassen worden, um die Handelsbeziehungen zwischen den Nationen zu erleichtern. Der in Coblenz von der Oberkommission eingesetzte leitende Ausschuß der Zölle ist mit der Leitung des Personals und mit der Ausführung der von ihm festgesetzten Bestimmungen betraut. Die Anwendung der Sanktionen gegen die Zollhinterziehungen wird durch die juristischen Instanzen der Besatzungsarmee festgesetzt.

Die interalliierte Oberkommission der besetzten Rheinlande behält sich vor, an diesem oder an dem an der alten und neuen Grenze aufgestellten neuen Zolltarife jedesmal, wenn sie es für nützlich hält, Abänderungen zu treffen. Was die Regime der Aus- und Einfuhr betrifft, so hat die Rheinische Oberkommission entschieden, daß die Einschränkungen der deutschen Gesetzgebung provisorisch an der alten Grenze aufrechterhalten bleiben, daß sie aber auch gleichzeitig an der neuen Grenze angewandt werden. Das wirtschaftliche Komitee der Oberkommission in Coblenz wird mit der Leitung des deutschen Ein- und Ausfuhrdienstes beauftragt. Ein- und Ausfuhrgesuche müssen auch fernerhin durch die rheinischen Exporteure und Importeure an diese Dienststelle gerichtet werden. Die Gerichte des Besatzungsheeres sind mit der Anwendung der erlassenen Strafmaßnahmen für Verstöße betraut. Die Straferlasse können bis 5 Jahren Gefängnis und bis 500 000 Mark Geldstrafe gehen.

TU. **Koblenz**, 11. April. Eine an der Frankfurter Börse verbreitete Nachricht, daß die rheinische Zollgrenze heute oder in den nächsten Tagen eröffnet werden solle, trifft nach den Informationen der Rhein. Rundschau nicht zu. Aus technischen Gründen ist nicht anzunehmen, daß vor Ablauf nächster Woche die Eröffnung mit kurzfristiger Ankündigung erfolgen wird.

Reparationsfragen in der französischen Kammer.

D. **Paris**, 11. April. Am Dienstag wird die französische Kammer ihre Sitzungen wieder aufnehmen und dann in die Beratung des Sonderbudgets über die Zahlungen, die nach dem Friedensvertrage Frankreich zurückvergütet werden müssen, eintreten. Ueber dieses Budget erstattete der Abgeordnete de Lasteyrie einen Bericht, in dem u. a. gesagt wird: Zu wiederholten Malen seien begründete Kritiken gegen das Personal der Reparationskommission und gegen gewisse übertretene Gehälter laut geworden. Er habe den vergeblichen Versuch gemacht, ein Budget der Reparationskommission zu erlangen. Der Außenminister habe ihm geantwortet, nach § 7 Anhang 2 des Abschnittes 8 des Friedensvertrages sei nach dieser Hinsicht die Reparationskommission souverän. Alle Lasten gingen auf Kosten Deutschlands. Vom französischen Finanzministerium seien keine Vorschüsse gezahlt worden. Diese Gründe will der Berichterstatter nicht gelten lassen. Es scheint ihm unmöglich, unter dem Vorwande, daß die Reparationskommission ein interalliierter Organismus sei, zu erklären, daß keines der alliierten Parlamente das Recht hätte, Auskünfte über die Bedingungen zu verlangen, unter denen die Reparationskommission arbeite. Uebrigens will Lasteyrie beweisen, daß die Reparationskommission nur funktionieren und handeln könne nach Uebereinkommen der Regierungen, die dazu besondere Konferenzen einberufen müßten. Zahlenmäßig stellt der Bericht fest, daß für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, wenn man sie in den Vorkriegszustand bringen wolle, un. nach ihrem damaligen Werte von 1914 berechne, 25 Milliarden erforderlich seien. Je nachdem man den Koeffizient mit drei, vier oder fünf angebe, komme man also auf eine Summe, die zwischen 80 und 130 Milliarden schwanke. Selbst bei einem Minimalbetrag von 80 Milliarden müsse man 10 Jahre hindurch jedes Jahr acht Milliarden flüssig machen. Der Bericht stellt ferner fest, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen müsse und daß es dazu in der Lage sei, weil es keine äußeren Schulden habe und sich trotz seiner Niederlage mit seinen intakten Bergwerken und Fabriken in bevorzugter Stellung befinde. Seine augenblickliche Notlage sei gemacht.

Die kritische Lage in Griechenland.

TU. **London**, 11. April. Es verlautet, daß Griechenland am Vorabend einer Revolution steht. Venizelos, der sich in Italien aufhält, wo er die Ereignisse abwartet, will sich eventuell in Brindisi nach Griechenland einschiffen. Nachrichten aus Athen melden, daß das nationale Empfinden sich mehr und mehr von Konstantin abwendet. Die unglückliche Offensive gegen die Türken und die schweren Verluste der Griechen haben eine große Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervorgerufen, die den König für die Niederlage verantwortlich macht.

—* **Konstantinopel, 10. April. Griechische Regierungsblätter geben zur Erklärung der griechischen Niederlage zu verstehen, daß der türkischen Armee die Operationen erleichtert worden waren durch den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Frankreich und der Regierung von Angora.** Diese Annahme wird von der Agence Havas als ganz unbegründet bezeichnet. Um an den Operationen gegen Griechenland Ende März, als die Offensive begann, teilnehmen zu können, hätten die türkischen Truppen in Cilizien ihre Marschbewegungen schon im Anfang des Monats beginnen müssen. Es wurden aber damals die regulären türkischen Truppen vor der französischen Front verstärkt. Zu Beginn der griechischen Offensive am 7. März hatte noch keine Aenderung in der türkischen Schlachtordnung an der cilizischen Front stattgefunden. Der griechische Generalstab stellte zu dieser Zeit fest, daß 41 türkische Divisionen an seiner Front angekommen waren, die aber in Wirklichkeit sich schon seit Februar dort befanden. Der in London am 11. März zwischen Bekir Sami Bey und Briand abgeschlossene Waffenstillstand hat also in keiner Weise die Operationen der Nationalisten erleichtert.

—* **Pilsen**, 10. April. Vor dem hiesigen Militärgericht wurde heute das Urteil gegen elf Soldaten und Unteroffiziere der Maschinengewehrabteilung des Infanterieregiments Nr. 35 gefällt, welche während der bekannten Denkmalunruhen im November vorigen Jahres das Denkmal Josefs II. auf dem Bismarckplatz gestürzt hatten. Sie wurden von der Militärprokuratur wegen Aufruhrs, öffentlicher Gewalttätigkeit und des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt. Sämtliche Angeklagte wurden von der Anklage des Verbrechens des Aufruhrs freigesprochen. Wegen Beschädigung fremden Eigentums wurden drei von ihnen zu vier Monaten, sieben zu drei Monaten und einer, der außerdem wegen des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt war, zu 4½ Monaten Kerker verurteilt. Die Verurteilung der Angeklagten erfolgte bedingt auf die Dauer von zwei Jahren.

Verantwortlich: Für Politik i. V., Feuilleton und Sport W. Lindner; für Lokales, Handel und letzte Nachrichten Th. Fossen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil Julie Schwinck, für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Für den Schulanfang

Mädchen

Kleider · Jacketts · Mäntel
Capes · Sweater · Hüte
Mützen · Strümpfe · vorschriftsmäßige Turnkleider

Knaben

Anzüge · Paletots · Capes
Hosen · Sweater · Mützen
Strümpfe · Stuttgarter gestrickte Anzüge und Hosen

Billige Preise / Vorzügliche Qualitäten / Enorme Auswahl

Ludw. Clemens

Bochum / Hochstraße 4—6

Lehrkursus veranstaltet von der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, Berlin, in Bochum vom 2. bis 14. Mai 1921.

Der **Stadtverband für Leibesübungen** fordert hierdurch die Mitglieder der ihm angeschlossenen Verbände und Vereine, Turn- und Sportvereine der angrenzenden Bezirke, sowie der Lehrerschaft zur Teilnahme an dem **vom 2. bis 14. Mai d. J.** in Bochum stattfindenden

Lehrkursus für Volkssport:

Turnen, Turnspiele, Leichtathletik, Fussball, Schwimmen, Boxen, Schwerathletik und Radfahren auf.

Als Lehrer und Vortragende sind bekannte Autoritäten aus den genannten Sportzweigen gewonnen. Die theoretische Leitung wird Herr Dr. Brustmann oder Herr Dr. Mallwitz übernehmen. Die Oberleitung des praktitchen Teils des Lehrganges liegt in Händen des bekannten Sportwarts des westdeutschen Spielverbandes, Herrn Lehrer Busch, Elberfeld.

Der Kursus besteht aus zwei Lehrgängen, vormittags für Lehrer und Lehrerinnen, nachmittags für Verbände und Vereine. Die wissenschaftlichen Vorträge sind abends.

Die Meldung der Mitglieder kann nur durch die Vereine erfolgen. Die Teilnahmegebühr beträgt für alle je Mk. 30.—. Anmeldungen sind an den Schriftführer des Stadtverbandes für Leibesübungen, Herrn **O. Regelmann, Bochum,** Hattingerstraße 9, bis zum 28. April ds. Js. zu richten.

Nach Beendigung des Lehrganges erhält jeder Teilnehmer vom Reichsausschuß für Leibesübungen, Berlin, eine Teilnehmerbescheinigung.

Stadttheater Bochum.

Montag, 11. April, 7½—10 Geschl. Vorst. f. d. freien Gewerkschaften.

Dienstag, 12. April, 7½ Uhr IX. Symphoniekonzert des städt. Orchesters. (Die Symphonie des XIX. Jahrhunderts: 5. Tag). Solist: Hans Bottermund · Dresden (Cello).

Parkhaus Elly Ney Montag 11. April abds. 8 Uhr

Abschieds-Konzert

Beethoven-Abend

Karten zu 15, 12, 10, 8 u. 5 Mk. bei Stumpf, Viktoriastr.

Operettentheater Bochum.

Heute und folgende Tage Anfang 7¾ Uhr:

Ein Walzertraum.

Operette in 3 Akten.

Wintergarten Künstlerspiele

Geöffnet täglich ab 7 Uhr.

Weinstuben Knost — Beste Küche

Bochum, Hellwegstraße 19. Fernsprecher 3737

Neuaufarbeitung.

Umpressen u. Umnähen sämtlicher

Damen-, Herren- und Kinder-

Hüte nach neuesten Modellen in erstklassiger Ausführung.

Schnell und preiswert!

Wiener Hutpresse

Elsa Weisfeld, Bahnhofstraße 6.

Der Kaiserhof

Bochum, Obere Marktstr.

Hotel u. Restaurant / Haus 1. Ranges

Vollständig renoviert

Konferenzsäle für kleinere und größere Gesellschaften

Erstkl. Küche / Weine erster Firmen

Neuer Besitzer: Ernst Fießler

Früher Hotel Royal, Düsseldorf

Zahnpraxis Mathilde Richter

Humboldtstr. 25. — Sprechstunden: 9—12 vorm. 3—7 nachmittags, Sonntags 10—12 Uhr.
Zahnziehen, Plombierungen, Anfertigung künstl. Zahnersatzstücke, Reparaturen.
Spezialität: **Plattenloser Zahnersatz.**

Kohlen u. Koks

liefert gegen Bezugsschein für Industrie und Hausbrand pünktlich und billigst

Bochumer Kohlen-Kontor

Humboldtstr. 53 — Fernspr. 3817 u. 3818

Schultornister

für Knaben und Mädchen.

Prima Sattlerarbeit.

Ledermappen
Musikmappen

empfiehlt

Ed. Köllermann

Rottstraße 89/41. Friedrichstraße 2.

Zahnpraxis Jacobi

Alleestr. 36 / Telefon 477

Anfertigung der gesamten Technik, wie Kronen, Stiftzähne, Brücken, Keramik, Obturatoren. — Richten schiefsitzender Zähne. — Eigenes Laboratorium.

Spezialität: Festsitzend plattenloser Zahnersatz.



Prima Qualität **Betten** hochfein, rot, prima federdicht, Daunenköper. Großes 1½schläfr. Oberbett, Unterbett und 2 Kissen mit 16 Pfd. prima füllkräftigen, weichen Federn gefüllt, zusammen nur 485 M.; mit zartweichen Halbdaunen nur 595 Mk.; mit ½weiß. Halbdaunen 695 M.; mit reinweiß. Halbdaunen 895 M.; mit reinweißen, erstkl. geschlissenen Halbdaunen mit Daunendecke 995 M.

Bettfedern Halbdaunen — Daunen, je nach Qualität 14.50, 17.50, 19.50, 24.50, 29.50 bis 95.— Mk. Nur beste, auserlesene, staubfr. Qualitäten. Nichtgefallend Geld zurück. Katalog frei, Viele Dankschr. Porto u. Verp. gratis. Betten-Bettfedern-Engros-Detail-Versand **A. & M. Frankrone, Kassel 36.**

Schmiede — **Stellmacherei**

Neubau und Instandsetzung von Kraftfahrzeugen, Luxus-, Reklame- u. Geschäftswagen

gut, schnell und preiswert.

Fahrzeugfabrik H. Grillmeier

Fernsprecher 1242. Bochum Hernerstrasse

Sattlerei — **Lackiererei**



Musik-Instrumente

Jeder Art.

Teilzahlung gestattet

O. Ludwig Nachf.

Bochum, Brückstr. 61 gegenüber Kortländer.

Spezialität:

Reparatur-Werkstatt f. Streich-Instrumente



Teilzahlung gestattet.

Pelzhaus Offszanka

Bochum, Buddenbergstraße 10

Pelz-Aufbewahrung

während des Sommers

Versicherung geg. Motten Feuer und Diebstahl

Felke-Praxis

Homöopathie — Naturheilweise

H. Grotefeld :: Bochum

Bahnhofstr. 30, Fernruf 2587

Sprechzeit außer Donnerstags tägl. 10—12, 3—5.

Pfarrer Engels Institut. Aeltestes seit 1905, kürzeste Vorbereitung für alle Klassen, Pension. Bochum, Gahlenschestr. 196.

Schul-Anzüge

große Auswahl kleidsamer Formen und haltbarster Qualitäten kaufen Sie besonders vorteilhaft im

Etagen-Spezial-Geschäft

Herm. Lewin,

Friedrichstr. 3. Nur 1 Treppe hoch.

Staatsmedaille, (gold. Ausstellungspreise)

PIANOS Flügel, Harmonium

unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit

mit Klangsteg D. R. G. M. 458403 2te Fabrik Berlin S 42

Roth & Junius

Hof-Piano- u. Flügelfabrik

Hagen i. W., Bahnhofstr. 29



Knaben-Uhren

Silberne Uhren
Goldene Herren-Uhren
Goldene Damen-Uhren

Gut und billig!

Colliers, Ketten, Schlipsnadeln, Broschen und Ringe Manschettenknöpfe, Armbänder in großer Auswahl.

Uhren-Rave Bongardstr. 28 Telephon 2593

Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Antrieb.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

---

1 Küche

kompl., bestehend aus 1 Büfett, 1 Anrichte, 1 Tisch, 2 Stühlen für 1850 M.

Schlafzimmer

kompl., bestehend aus 1 Kleiderschrank, 1 Waschkommode, 1 Toilette, 2 Bettstellen, 2 Nachtkonsolen für 2400 M.

Großer Posten

Herde

(Phönix), weißemaill. m. Nickel v. 1150 M. an

Möbel-Haus Jägerstrasse 2.

Teilzahlung gestattet

Zum

Puppenkönig

Bochum, Gr. Beckstr. 13. Aelt. Spezialgesch. am Platze

Puppen werden d. ganze Jahr geheilt. Anfertigung sämtl. Haararbeiten, auch v. ausgekämmten Haaren und preiswert.

Wilh. Hochstetter,

Friseur u. Perückenmachermeister, Präm. Bochum 1913

Trauringe

massiv Gold

Jede Preislage und Form stets vorrätig.

Heinr. Schweers

Goldschmiedemeister

Bochum, Wilhelmstr. 13.

Brautkränze

grün, silber und gold

Buketts

Brautschleier

empfiehlt billigst

Bochumer Blumenhalle

Bochum, Große Beckstr. 22.

Spezial-Geschäft für künstliche Blumen, Palmen und Pflanzen.

---

250 000 Kr. Belohnung!

Wir erhöhen die Belohnung für die Ergreifung des flüchtigen Bankdirektors **Peter Voss** von 100000 Kr. auf 250000 Kr. — Nach den letzten Telegrammen unseres Agenten aus **Triest** und **Venedig** soll sich Peter Voss auf dem Wege nach **Deutschland** befinden. — Der Gesuchte soll die Papiere eines als Banknotenfälschers bekannten **Emilio Popal** bei sich führen. Für seine Ergreifung ist obige Belohnung ausgesetzt. Zweckdienliche Angaben sind zu richten an

Detektivbüro A F U. Kopenhagen

Bustegade 6. Abteilung Ausland.

Zum Schulanfang! Schulbücher für alle höh. Schulen sowie Volksschulen **Hefte, Kladden Zeichensachen** **Oscar Hengstenberg**

Bochum, Kortumstraße 16.

Nr. 83. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Montag, 11. April 1921.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Bochum, 11. April.

Kündigung zum „Zweck der Mietsteigerung"

Die Mieteinigungsämter unterscheiden in ihrer Praxis vielfach zwischen Kündigungen „zum Zweck der Mietsteigerung" und Kündigungen „zum Zweck der Räumung" und folgen dabei dem Wortlaut der Mieterschutzverordnung, nicht aber dem maßgebenden Text des Bürgerlichen Gesetzbuches. Dieses kennt nur die einfache Kündigung, d. h. die Erklärung, daß der Vertrag sein Ende finden soll. Zu welchem Zwecke sie erfolgt, ist gleichgültig, denn die Mietssteigerung ist nichts weiter als der Abschluß eines neuen Mietvertrages unter Vereinbarung eines höheren Mietzinses, setzt also voraus, daß der alte Vertrag nicht mehr besteht, ebenso wie die Räumung nur unter dieser Voraussetzung verlangt werden kann.

Dies zu beachten ist wichtig. Denn wenn das Mieteinigungsamt die Kündigung „zwecks Mietsteigerung" genehmigt hat und der Vermieter daraufhin gekündigt hat, der Mieter aber den Abschluß eines neuen Vertrages mit Festlegung eines höheren Mietzinses ablehnt, so ergaben sich schwierige Verhältnisse. Da der Vertrag durch die Kündigung mit Ablauf der vereinbarten Zeit sein Ende erreicht, müßte der Mieter ausziehen. Bei der herrschenden Wohnungsnot findet er natürlich kein anderes Unterkommen, aber es ist noch sehr die Frage, ob der Vermieter, dem zwar nicht erlaubt war, „wegen Räumung" zu kündigen, diese nun rechtlich nicht doch verlangen kann. Es tritt dann der Fall ein und er ist schon eingetreten, daß der Mieter einfach ohne Vertrag wohnen bleibt, da der alte durch die Kündigung aufgehoben und ein neuer nicht zustande gekommen ist. Rechtlich ergibt sich die eigenartige Lage, daß auf dies neue Verhältnis, das gar kein Mietverhältnis ist, sondern auf Gewalt beruht, die gesetzlichen Bestimmungen über Miete keine Anwendung finden und daß es daher nicht unter die Zuständigkeit des Mieteinigungsamtes fällt.

Man kann sich die Unsumme von Verdrießlichkeiten denken, die sich daraus für die beteiligten Parteien und Behörden ergeben. Deshalb sollten die Mieteinigungsämter Anträge auf Kündigung „zum Zwecke der Mietsteigerung" grundsätzlich ablehnen, falls nicht die Parteien im Termin bindend erklären, daß sie einen neuen Vertrag mit Festsetzung eines bestimmten höheren Mietzinses abschließen wollen. Werden solche Erklärungen nicht abgegeben, so soll man gemäß der Mieterschutzordnung das bisherige Mietverhältnis verlängern und, wenn es zulässig erscheint, einen höheren Mietzins bestimmen. Nur so werden allerseits klare Verhältnisse geschaffen.

Das Finanzamt im Kampf gegen den Wucher?

Die Finanznot des Reiches und die Steuerscheu gewisser Kreise zwingen die Behörden dazu, heute alle möglichen früher nicht geahnten und nicht erlaubten Wege einzuschlagen, um Steuersündern auf die Spur zu kommen. Finanzämter müssen da findig sein. Einen Einfall eigener Art hatte das Finanzamt Rothenburg in der Oberlausitz, das folgende Bekanntmachung erließ:

> Das Publikum wird ersucht, übermäßig hohe Rechnungen der Kaufleute und Gewerbetreibenden umgehend dem Finanzamt einzureichen zwecks entsprechender Einschätzung letzterer bei der Umsatz- und Einkommensteuer. Nur so kann der wucherischen Ausbeutung des Publikums vorgebeugt werden.

Man möchte doch meinen, daß diese Bekanntmachung das Maß des Zulässigen überschreitet. Mindestens erscheint der Wortlaut unglücklich gewählt, der den ordentlichen Handel vor der Oeffentlichkeit in verletzender Weise unterschiedslos mit Wucherern und Ausbeutern auf eine Stufe stellt. Die Handelskammer zu Görlitz hat beim Landesfinanzamt Breslau Verwahrung gegen diese Bekanntmachung eingelegt und ausgeführt, daß weder das Finanzamt noch das Publikum die geeignete Stelle sei zu beurteilen, ob in einzelnen Fällen übermäßige Preise verlangt worden sind oder nicht.

Ferner kann man auch vom Standpunkte der allgemeinen Volksmoral jener behördlichen Aufforderung zu Denunziationen keinen Geschmack abgewinnen. In wie zahllosen Fällen besteht nicht zwischen Kaufmann und Käufer eine Meinungsverschiedenheit über die Berechtigung der Preishöhe! Zu welchen Zuständen kämen wir, wenn da immer der Käufer zum Finanzamt liefe! Welche Vergiftung würde da in das Geschäftsleben getragen! Für Fälle wirklichen Wuchers ist die Preisprüfungsstelle der geeignete Ort, Beschwerden anzubringen, nicht aber das Finanzamt.

Auch könnten die Finanzämter, die jene Bekanntmachung etwa nachahmen wollten, vielleicht die Erfahrung machen, daß ihnen ein solcher Schwarm von doch sicher oft recht wenig haltbaren Anzeigen auf den ohnehin schon altenüberladenen Tisch fliegt, daß sie vollends in Papier ersticken und mit ihren wirklich notwendigen Arbeiten noch weniger vorankommen, als es jetzt schon infolge der vielen neuen Steuern, Gesetzesparagraphen und Nachforschungen der Fall ist.

Die Finanznöte der Gemeinden.

Die Finanzdezernenten der größeren westfälischen Städte haben an den Reichsfinanzminister und den preuß. Minister des Innern unterm 2. April eine Eingabe gerichtet betr. Verlängerung der Frist für die Beschlußfassung und Erhebung von Gemeinde-Nachtragssteuern für das Rechnungsjahr 1920 und Entschädigung der Gemeinden für die Ausfälle aus der Besteuerung der reichseinkommensteuerfreien Einkommensteile für das Rechnungsjahr 1920 und 1921. Darin wird u. a. ausgeführt: Nach dem Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 12. März 1921 ist jedoch mit Rücksicht auf die inzwischen vom Reichstag beschlossene Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz nicht mehr damit zu rechnen, daß den Gemeinden ein höherer Anteil von der Einkommensteuer als der Mindestbetrag zufließen wird.

Durch diese Verkürzung ihrer Einnahmen werden die westfälischen Gemeinden doppelt schwer betroffen. Als Anfang 1920 aus den Verhandlungen über das Landessteuergesetz bekannt wurde, daß dem Aufkommen an Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1919 bei der Bemessung des den Gemeinden für die Folge zufließenden Anteils an der Reichseinkommensteuer eine entscheidende Bedeutung zukommen werde, sind die leistungsfähigen Handels- und Rentnerstädte sofort dazu übergegangen, die Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1919 durch Nachtragssteuern entsprechend höher zu belasten. Die Industriegemeinden waren bei der ohnehin starken Belastung der weniger leistungsfähigen großen Maße ihrer Steuerzahler hierzu meist garnicht in der Lage. Aber selbst da, wo sie dieses Opfer mit Rücksicht auf die Erleichterungen in der Zukunft gerne auf sich genommen hätten, haben sie aus politischen und wirtschaftlichen Gründen von der Erhebung von Nachtragssteuern absehen müssen. Jetzt werden sie dafür noch geradezu bestraft.

Der Erlaß des Preußischen Ministers des Innern hat um so größere Bestürzung unter den Gemeinden hervorgerufen, als bei den meisten der erst vor kurzem mühsam zum Ausgleich gebrachte Nachtragshaushaltsplan von neuem umgestoßen wird.

Die Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs wird für die Gemeinden nunmehr noch dadurch erhöht, daß ihnen durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz das Recht der Besteuerung der reichssteuerfreien Einkommensteile sowohl für das Rechnungsjahr 1920 als auch für 1921 genommen wird. . . .

Es muß daher mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß den Gemeinden mit größter Beschleunigung die bei Verabschiedung der Reichseinkommensteuernovelle im Reichstag in Aussicht gestellte Entschädigung für die Ausfälle des Rechnungsjahres 1920 und 1921 gewährt werde, sei es in der Form von Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer, sei es durch Erhöhung der Garantiesumme.

Eine weitere nachträgliche Belastung der Gemeinden des westfälischen Industriegebiets, mit welcher der Haushaltsplan 1920 nicht rechnen konnte, bringt die am 13. März 1921 von dem Provinziallandtag der Provinz Westfalen beschlossene Nachtragsumlage in Höhe von 53 Prozent des umlagefähigen Realsteuersolls. Dies bedeutet für einzelne Städte eine neuerliche Nachforderung von 1 Million Mark und mehr.

Die Deckung sämtlicher aus der oben dargelegten Sach- und Rechtslage sich ergebenden Fehlbeträge des Rechnungsjahres 1920 durch Nachtragsumlagen hätte nach dem oben erwähnten Erlaß bis zum 31. März ds. Js. beschlossen sein müssen. Da sowohl der Erlaß als auch die Mitteilung der Provinz über die Nachtragsumlage den Beteiligten erst nach Mitte März zuging, die Rechtslage bezüglich des Wegfalls des Gemeindesteuerrechts auf die reichssteuerfreien Einkommensteile erst Ende März bekannt wurde und hätte berücksichtigt werden können, war bei der Kürze der Zeit in den weitaus meisten Gemeinden rechtzeitige Beschlußfassung und Genehmigung nicht möglich. Die Gemeinden sind bei dem gegenwärtigen Rechtszustand in der Mehrzahl nicht in der Lage, den Fehlbetrag für 1920 jetzt noch durch Nachtragssteuern zu decken. . . .

Es kann den Gemeinden nur durch gesetzliche Regelung geholfen werden und zwar muß die Frist für die Beschließung und Erhebung der Nachtragsumlagen soweit herausgeschoben werden, daß zuvor die Entschädigungsfrage für den Wegfall des § 30 des Landessteuergesetzes entschieden ist und danach die Gemeinden ohne Ueberhetzung ihre Finanzverhältnisse auf der Grundlage der veränderten Gesichtspunkte regeln können.

Die westfälischen Städte des Industriegebietes, bei denen das Schwergewicht für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes liegt, erwarten, daß in richtiger Beurteilung ihrer Lage unverzüglich Abhilfe geschaffen wird und beantragen, daß

1. den Gemeinden für die ihnen erwachsenden Ausfälle durch die Aufhebung des Rechts auf Besteuerung der reichseinkommensteuerfreien Einkommensteile sowohl für das Rechnungsjahr 1920 als auch für 1921 Entschädigung nach Maßgabe der von ihnen nachgewiesenen Beträge durch das Reich gewährt wird,

2. der Preußischen Landesversammlung folgendes Gesetz über die Erhebung von Nachtragsumlagen für das Steuerjahr 1920 vorgelegt wird:

> § 1. Die Gemeinden dürfen direkte Gemeindesteuern für das Steuerjahr 1920 bis zum 15. Juni 1921 beschließen und erheben.
>
> § 2. Nach dem 15. Juni 1921 dürfen Gemeinden in allen Fällen direkte Steuern für das Steuerjahr 1920 nur erheben: 1. wenn bis zu dem genannten Zeitpunkte die Veranlagung bekannt gemacht ist (§ 65 Kommunalabgabengesetz), 2. soweit nach den bestehenden Vorschriften Nachveranlagungen zulässig sind (§§ 83 ff. Kommunalabgabengesetz),
>
> § 5. Dieses Gesetz tritt rückwirkend mit dem 1. April 1921 in Kraft.
>
> § 4. Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Minister des Innern und der Finanzminister beauftragt. Sie werden ermächtigt, die in den §§ 1 und 2 genannte Frist hinauszuschieben, falls bis dahin die Entschädigungen der Gemeinden für den Wegfall des ihnen nach § 30 des Landessteuergesetzes zustehenden Gemeindesteuerrechts auf die reichssteuerfreien Einkommensteile durch das Reich noch nicht geregelt ist.

Zum Stadtassessor gewählt. Magistrats-Assessor Raestrup von hier, Vorsitzender des Mieteinigungsamtes, wurde in der Sitzung der Sterkrader Stadtverordnetenversammlung mit großer Stimmenmehrheit zum Stadtassessor von Sterkrade gewählt.

* **Schulgelderhöhungen.** Da jetzt die Anmeldungen für die höheren Schulen erfolgen, sei darauf hingewiesen, daß infolge der großen Finanznot der Städte diese allgemein gezwungen sind, auch die Schulgelder für die höheren Schulen vom 1. April 1921 ab nicht unwesentlich zu erhöhen. Hier ist dem Vernehmen nach eine Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Lehranstalten um 100 Prozent auf 800 Mark jährlich geplant.

Paßgebühr für Einreise ins besetzte Gebiet. Amtlich wird mitgeteilt: Nach einem Erlaß des Ministers des Innern finden auf die nur für die Einreise in das besetzte Rhein-Gebiet geltenden Ausweise der Ortspolizeibehörden die für Inlandspässe und Personalausweise als Paßersatz geltenden Vorschriften über die Erhebung einer staatlichen Gebühr von 5 Mark keine Anwendung. Der Minister bezeichnet es vielmehr im Interesse der Erleichterung und Hebung des Verkehrs zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet als dringend erwünscht, daß diese lediglich durch Anordnungen der Besatzungsbehörden vorgeschriebenen Ausweise auch von den Ortspolizeibehörden des unbesetzten Gebiets völlig kostenfrei erteilt werden, wie es im besetzten Gebiet schon bisher geschieht. Soweit auf die Erhebung einer Gebühr zur Deckung der Druck- und Schreibunkosten nicht ganz verzichtet wird, muß auf die Festsetzung eines möglichst geringen Betrages Bedacht genommen werden. Die von den Ortspolizeibehörden zu erteilenden Ausweise müssen den ausdrücklichen Vermerk enthalten, daß sie nur für die Einreise in das besetzte rheinische Gebiet gelten.

—* **Stadtbücherei.** Im Monat März 1921 sind in der Stadtbücherei an 10 275 Leser zusammen 11 341 Bücher verausgabt worden. — Die Lesehalle wurde von zusammen 2583 Personen besucht.

* **Beendigter Streik.** Der Streik der Maurer der Martinschmelze beim Bochumer Verein ist beendigt worden. Die Arbeit wurde gestern abend wieder aufgenommen.

* **Postsendungen mit Reklameaufdrucken.** In letzter Zeit haben sich in verschiedenen Orten Unternehmungen aufgetan, die gewerbsmäßig Reklamen zusammensammeln, Briefumschläge, Kartenbriefe oder Karten damit bedrucken oder bedrucken lassen und sie zu ermäßigtem Preis an beliebige Abnehmer vertreiben, damit diese sie zu Versendungen mit der Post unter der Aufschrift bestimmter Empfänger benutzen sollen. Dieses Verfahren ist nach den postgesetzlichen Vorschriften und nach der Postordnung nicht angängig. Dem gewerbsmäßigen Sammeln oder Verteilen solcher Gegenstände und ihrer Versendung mit der Post unter der Aufschrift bestimmter Empfänger stehen Artikel 3 der Postgesetznovelle vom 20. Dez. 1899 und § 1 des Reichs-Postgesetzes, betreffend den Postzwang, entgegen. Die Postordnung geht im § 3 davon aus, daß nur der Absender Angaben und Abbildungen auf Briefsendungen anbringen darf, und schließt in § 5 Sendungen von der Postbeförderung aus, deren Außenseite oder sichtbarer Inhalt gegen die Gesetze verstößt. Die Postanstalten sind ausnahmsweise ermächtigt worden, bereits hergestellte Briefumschläge, Kartenbriefe und Postkarten dieser Art noch bis spätestens 1. Juli 1921 unbeanstandet zur Beförderung zuzulassen, wenn sie sonst den postdienstlichen Anforderungen entsprechen.

* **Das Mehlmischungsverhältnis** für die Woche vom 10. bis 16. April 1921 ist wie folgt festgesetzt: Graubrot: 50 Prozent Roggenmehl, 30 Prozent Weizenmehl, 10 Prozent Gerstenmehl, 10 Prozent Hafermehl. Kranke n stuten: ¾ 85 prozentiges Weizenmehl, ¼ 65 prozentiges Weizenmehl. Zwieback: 65 prozentiges Weizenmehl.

* **Weibliche Arbeitskräfte für Land- und Feldarbeit.** Die systematische Beobachtung der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich je nach der Jahreszeit ganz verschiedenartig bemerkbar machen, zeigt zu Beginn der wärmeren Jahreszeit stets dasselbe Bild: stärkste Nachfrage nach Arbeitskräften, um Land- und Gartenbestellung durchführen zu können und demgegenüber nur ein ganz geringes Angebot von Arbeitsuchenden. Die deutsche Landwirtschaft war infolgedessen vor dem Kriege dazu übergegangen, sich die Arbeitskräfte, die sich ihr in der Heimat versagten, vom Auslande zu holen, wo sie sich ihr in Mengen anboten. Wieviel gutes deutsches Geld ist dadurch nach Polen gewandert, nach Rußland und Ungarn! Heute können wir es uns einfach nicht mehr leisten, andere als deutsche Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die furchtbare Lebensmittelnot der Kriegsjahre hat überdies bei der Stadtbevölkerung dahin gewirkt, daß sie eingesehen hat, wie unersetzbar die so oft verachtete Arbeit des Bauern ist, wie, wenn Arbeitslosigkeit in der Industrie, Stockungen in Handel und Verkehr den Warenaustausch unmöglich machen, seine Arbeitsleistung Tausende vor dem Verhungern schützt. Werbeschriften und aufklärende Arbeit der berufenen Stellen haben das ihre getan, daß sich hier und da erfreuliche Ansätze von Bereitwilligkeit zur Aufnahme von Landarbeit, ja selbst Geneigtheit zur dauernden Rückkehr auf das Land zeigen. Auch Frauen und Mädchen, die während des Krieges in der Industrie lohnende Arbeit fanden, durch die Rückkehr der Männer aus dem Felde aber ihre Arbeitsstellen zum größten Teil verloren haben, melden sich in steigendem Maße

---

Die Kinder des Herrn von Harthausen.

Roman von Hanns von Zobeltitz.

6) (Nachdruck verboten.)

Egbert kaute an seinem Wein und gab mühsam Bescheid auf die sich überstürzenden Fragen. Neugierig war der alte Herr ja immer gewesen. Ganz genau wollte er wissen, wie die Braut aussah und womöglich, ob der „Engel auch Gemüt" hätte; wie die Frau Schwiegermama sei und ob Papachen nicht eine wunderschöne Rede gehalten hätte. „Ja, das kann er! Das konnte er immer. Umsonst nannten wir'n nicht das Professorchen. Na, nun hat er doch wenigstens einen Jungen, der's wirklich so weit gebracht hat. Und daß der andre nicht in den Pandekten erstickt ist, das freut mich umsomehr. Prost, mein Bengelchen! Auf unser altes liebes Regiment! Schade, daß du nicht in Uniform dasitzt. Na ja — ich weiß ja. Natürlich, auf Urlaub. Und überhaupt, ihr jungen Dächse werdet wohl nächstens noch im Smoking rumlaufen ... bei die verfluchte Engländerei ... Smoking und Tennisspielen ... ja ..."

Dann brach er plötzlich ab. Er klemmte das Einglas in das Auge, und sein rundes, rotes, völlig glattrasiertes Gesicht wurde ernst. Ein paar Signaltakte pfiff er halblaut ... und noch einmal, legte seine Hand fest auf Egberts Arm und fragte ganz unmittelbar: „Schulden?"

„Nein, Onkel Grumberg."

Es kam so bestimmt heraus. Aber der Alte pfiff zum dritten Male. „Weißt du, Bengelchen ... so kurzweg „Nein" ... daran glaub' bei 'nem Leutnant der Deubel. Schulden hat jeder. Aber ich will annehmen, es sind bloß Rechnungen und so."

Egbert schüttelte den Kopf.

Exzellenz Grumberg lehnte sich ganz weit zurück, pustete einige Male laut und heftig, beugte sich wieder vor, trank einen Schluck und sah ein Weilchen vor sich hin. „Berta! ..." rief er dann ... „Nehmen Sie mal die Tante fort und stellen Sie se mir für'n Abend zurück. Jetzt aber bringen Sie 'ne Pulle Schaum. Keinen deutschen ... Pommery ..."

„... Denn nu —" ergänzte er für Egbert — „nu seh ich leider, die Geschichte wird ernster. Und da hab' ich gerne was in Reserve. Andre machen's anders. Ich eben so. Jedes Tierle hat sein Manierle. Und nu zieh mal, bitte, nich solch dämliches Gesicht, Jüngelchen. Damit kommen wir nich weiter. Red auch nich ... wart mal gefälligst, bis wir den Sekt haben ..."

Die Warnung war unnötig. Egbert hätte am liebsten gar nicht gesprochen. Ein Gefühl dumpfer Befangenheit legte sich auf ihn, gerade der Art gegenüber, wie der alte Herr die Aussprache einleitete Er zog mechanisch die Manschetten aus den Aermeln seines grauen Reiseanzuges, zupfte sich die Krawatte zurecht und verfolgte mit einer Aufmerksamkeit, deren er sich selber nicht bewußt war, eine müde Fliege, die drüben auf der Holztäfelung entlangkroch ... immer nach unten. Ganz langsam ... aber immer nach unten.

Grumberg pußte unterdessen sein Monokel, kniff die Kellnerin in den Arm, weil sie zu kleine Gläser gebracht hatte, schenkte umständlich ein und stieß mit Egbert an: „Prost, lieber Sohn", sagte er. „Trink mal erst das ganze Glas aus. Die braven Ritter vom blauen Kreuz mögen ja ausgezeichnete Leute sein, aber davon haben sie doch keine Ahnung, was ein Schluck Sekt einem bedrückten Herzen sein kann. So! Und nu antworte ganz offen und ehrlich, wie du's immer gewesen bist: hast du ernste dienstliche Unannehmlichkeiten gehabt?"

„Nein, Onkel Grumberg. Auch das nicht. Wenigstens —"

„Na, Kleinigkeiten wollen wir lieber bei Seite lassen. Ob dich dein Bataillonskommandeur beim Exerzieren gerüffelt hat, daß dir Hören und Sehen verging, ist mir ganz wurscht. Und wenn dich der Oberst etwa wegen des zu hohen Kragens eingespunnt haben sollte, so ist mir das auch pipe. Darüber kommt solch junger Dachs hinweg. Schad't auch gar nischt. Aber nu 'raus mit der Sprache. Was ist los?"

Egbert stürzte sein zweites Glas in einem Zuge hinunter.

„Ich möchte meinen Abschied nehmen, Onkel —", stieß er schnell hervor.

Diesmal antwortete der General nicht gleich. Er starrte Egbert ein paar Augenblicke an, ließ dann das Monokel aus dem Auge fallen, fing es im Billettäschchen seines Jacketts auf und klemmte es wieder ein, pfiff ein paar Takte. Sein Gesicht hatte sich noch um eine Schattierung tiefer gefärbt, und er zog die bartlose, wulstige Oberlippe zwischen die Zähne. Dabei haftete sein Blick unausgesetzt auf dem jungen Mann.

„Onkel, ich kann nicht mehr weiter dienen. Der Beruf befriedigt mich nicht. Ich kann nicht!"

„Uff!" machte Grumberg endlich. „Nu laß mich mal reden, Egbert. Und das will ich dir gleich sagen: vormachen laß ich mir nischt. Still — nachher sollst du zu Worte kommen. Die Redensart mit dem Nichtbefriedigen hätt'st du dir sparen können. An die glaub' ich nicht. Als ich im Herbst beim Regiment gegessen hab', hab' ich rechts und links gehorcht. Du bist 'n ganz gut empfohlener Offizier; bissel weich noch, sagte der eine; wird aber schon werden, ist guter Kern, meinte der andere; gescheites Kerlchen, der dritte und so weiter. Und eifrig und fleißig, darin stimmten alle überein. Ein junger Offizier aber, von dem seine direkten Vorgesetzten so sprechen, der hat keinen Ueberdruß an seinem Beruf. Und wenn mal solche Stimmungen kommen — die hat jeder von uns gehabt, — in denen man am liebsten 'ne senkrechte Wand 'raufklettern möchte, dann kämpft man die 'runter. Verstanden? Das ist 'ne verflucht einfache Sache. Nämlich nur Pflicht! Pflicht — verstehst du!"

„Onkel —"

„Stille bist du! Ich hab' dir immer viel zugute gehalten, Egbert, hab' das wohl auch bewiesen. Denn ich hab' immer an den Boden gedacht, auf dem du erwachsen bist. Nämlich: ich hab' ja allen möglichen Respekt vor deinem guten Vater und hab' ihn herzlich lieb. Er ist ein grundgescheiter, kluger Mann, er steckt zwei Dutzend Professoren in die Westentasche, glaub' ich, und er ist 'ne Seele von Mensch dazu. Aber so recht für's Leben hat er euch nicht zu erziehen verstanden. Da sollte immer alles mit Katzenpfötchen abgemacht werden, immer wollte er euch die Hände unter die Füße breiten, daß nur alles recht glatt abginge. Mag ja schön und gut sein, praktisch ist's kaum. So'n Jungen muß der Wind um das Rotznäschen pfeifen, damit er nachher als Mann feststeht. Da hat's also gefehlt, und drum hab' ich dich immer mit 'nem Schuß Mitleid angesehn: wird der Egbert auch Rückgrat haben? Und hab' mich gefreut, als du in die große Schule gekommen bist, in der Männer erzogen werden. Verstehst du! Aber so darfst du mir nicht reden. Nicht mit solch allgemeinen waschlappigen Phrasen von Unlust und Ueberdruß. Grad' herausgesagt — auf die Gefahr hin, daß wir geschiedene Leute sind, Bengelchen: das sind Lügen!"

„Onkel Grumberg!" rief Egbert.

„Nu set so gut und bleib noch 'nen Momang sitzen. Also: wenn solch junger Dachs den Abschied nehmen will, freiwillig, und Schulden sind's nicht und keine ernsten dienstlichen Differenzen, was an sich selten genug ist, dann ist's einfach immer — das Weib! Weiber sind an sich famos. Allerhand Achtung. Im Spezialfall ist das Weib das Gefährlichste. Cherchez la femme. — ja woll — ja woll! Bei Schulden kann man wenigstens Rat schaffen, dienstliche Dämlichkeiten lassen sich fast immer ausgleichen. Aber die verfl— Frauenzimmer. Ich kenn' das! Grade ich! Das ist ..."

Plötzlich unterbrach er sich, streckte Egbert die Hand hin: „Armer Junge!" sagte er merkwürdig milde. „Du armer Kerl! Ich seh's dir ja an der Nasenspitze an, daß ich Recht habe. Und nu hab' mal Vertrauen zu mir, Eg. Aber volles Vertrauen, sonst laß es lieber ganz. Denn helfen oder wenigstens raten — das siehst du doch ein? — kann nur, wer alles weiß. Da — und trink einmal, lieber Sohn —"

(Fortsetzung folgt.)

für Landarbeit. Schon im vorigen Jahre war es der Abteilung „Arbeitsnachweis für Frauen" des städtischen Arbeitsamtes gelungen, eine ganze Anzahl von Frauen und Mädchen für Land- und Feldarbeit zu gewinnen, die zum Teil auf Einzelgehöften, zum Teil auf großen Spargel- und Rübenfeldern in Westfalen und Hannover zu leisten war. Die Arbeit hat ihnen so gut gefallen, daß sie sich zum größten Teil unaufgefordert im Frühjahr dieses Jahres wieder zur Aufnahme dieser Beschäftigung meldeten. Mittwoch, den 13. April, morgens von 9—12 Uhr, werden nun Beamte des Landesarbeitsamtes Niedersachsen (Hannover) und von Westfalen und Lippe (Münster) im Arbeitsnachweis für Frauen, Trankgasse 7, Verwaltungsgebäude E, Zimmer 64, anwesend sein, um die Vermittlung vorzunehmen. Alle, die Lust haben, sich anwerben zu lassen, mögen sich daher an diesem Tage einfinden.

Nachklänge aus den Tagen der Revolution. brachte eine Schwurgerichtsverhandlung, die sich gegen den Bergmann Johann Schulte von Röllinghausen, angeklagt wegen räuberischer Erpressung, richtete. Im Dezember 1918 kaufte Schulte von durchziehenden Truppen ein Pferd. In zwei Instanzen wurde er dieserhalb zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Pferd war von der Herner Kriminalpolizei als Beweismittel beschlagnahmt. Das Schöffengericht hatte auf Einziehung des Pferdes erkannt. Die Berufungsanstanz hob diese bei sonstiger Bestätigung des Urteils auf. Das Pferd blieb in Herne untergestellt. Schulte machte nun seinen Anspruch auf das Pferd geltend. Als diesem nicht entsprochen wurde, wandte er sich an den Vollzugsrat in Herne, später an den in Röllinghausen. Mit einer Abordnung von drei Mann desselben, sämtlich bewaffnet, stellte er sich wieder in Herne ein und verlangte die Herausgabe des Pferdes. Hierbei wurde dem betreffenden Stallbesitzer die Pistole auf die Brust gesetzt. Mit dem Pferde ritt man davon, verfolgt von Herner Polizeibeamten. Auf der Landstraße kam es zu einem kleinen Schießgefecht. Das Schwurgericht erkannte wegen Nötigung auf drei Monate Gefängnis.

Verhaftete Räuber. In Castrop wurde eine vierköpfige Räuberbande festgenommen, die Raubüberfälle auf einen Straßenbahnwagen der Westfälischen Kleinbahnen in Henrichenburg, auf ein Ledigenheim in Bladenhorst und auf die Wohnung des Kaufmanns Elsberg in Habighorst verübt und bereits eingestanden hat. Bei Haussuchungen wurden große Mengen Garderobe, Schmucksachen, Papier- und Silbergeld, sowie Waffen u. Munition vorgefunden.

Teure Tennisbälle. Der Kadett K. und der Abiturient Ko. von hier waren vom Schöffengericht wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit je 2 Monaten Gefängnis belegt worden. Im Berufungsverfahren hob die Strafkammer das Urteil auf und erkannte wegen einfacher Körperverletzung auf 500 bezw. 200 M. Geldstrafe. Die Angeklagten hatten sich in dem Aerger über die Fortnahme ihrer Tennisbälle verleiten lassen, einen sechzehnjährigen Knaben zu mißhandeln, der ihnen nicht die Namen der vom Tennisplatz fortgeeilten Knaben, welche sie für die Diebe hielten, nennen wollte. Der mißhandelte Knabe lahmt seit einiger Zeit. Das Schöffengericht führte dies auf die Mißhandlung zurück. Dieser Annahme trat die Strafkammer nicht bei.

Polizeibericht. Gestohlen wurde: Aus einem Wirtschaftsraume in der Bongardstraße eine Brieftasche mit Geld und verschiedenen Papieren; von einem Hofe in der Bessemerstraße ein Schäferhund. — Zur Anzeige gelangten: Eine Person wegen Körperverletzung; eine Person wegen Hausfriedensbruchs; zwei Personen wegen Unterschlagung; eine Person wegen Beleidigung und Erpressung. — Festgenommen wurde je eine Person wegen Widerstands, Bettelns, Umhertreibens, Gewerbeunzucht, Diebstahls; zwei Personen wegen Hehlerei.

Aus dem Landkreise Bochum.

Altenbochum, 9. April. Die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei Altenbochum feierte bei August Hölken ihr erstes Stiftungsfest. Die ausgewählte Vortragsfolge und das herrliche Wetter hatten neben den Mitgliedern der Gruppe und ihren Angehörigen auch zahlreiche Freunde und Gönner aus der näheren und weiteren Umgebung hierher gelockt, sodaß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Leiter der Jugendgruppe, Herrn Schmitz, wechselten Musik-, Gesang- und Gedichtvorträge mit Tanz- und Reigenvorführungen, sowie Theaterstücken in bunter Reihenfolge ab. Herr Dr. Ramin-Essen hatte es übernommen, die Festrede zu halten. Er schilderte die Bestrebungen der Deutschen Volkspartei und insbesondere die der Jugendgruppen. Er wies auf das Große der vergangenen Zeiten hin und auf die durch die Abschnürung Deutschlands von der Außenwelt herbeigeführte Not. Mit Worten des Abscheues wandte sich der Redner gegen die Unmoral, die gegenwärtig in weiten Kreisen unseres Volkes herrscht. Die Beseitigung des Schieberunwesens und der uferlosen Profitgier, welche auf der einen Seite maßlose Schlemmerei, auf der anderen aber entsetzliche Not verursachten, sei eine der vornehmsten Bestrebungen der D. V. P. Auch die neuesten Umsturzversuche geißelte er und erblickte in deren Mißlingen die Hoffnung, daß das deutsche Volk anfange, sich auf sich selbst zu besinnen. Der Redner wies noch besonders darauf hin, daß gerade die Jugend berufen sei, noch Großes zu leisten. Deutschlands Macht sei die Jugend. Von den Darbietungen auf der Bühne verdienen besonders die Gesangvorträge des gemischten Chors der D. V. P. unter der Leitung des Herrn Lehrer Rummeld, Bochum, lobend erwähnt zu werden. Die Tanz- und Reigenvorführungen ernteten stürmischen Beifall, ebenso die gutgespielten Theaterstücke „Deutsche Treue" von Th. Körner und „Goldfischchen" von M. H. Bischoff; zum Schluß sei noch des Musikquartetts gedacht, daß sich sich allgemeiner Anerkennung erfreute. Das Schlußwort sprach Herr Rektor Berke. Er erinnerte nochmals an die Ziele der Jugendgruppen im allgemeinen und an die der Gruppe Altenbochum besonders. Er gab seiner Freude über das schöne Gelingen des Festes, sowie über die große Teilnehmerzahl Ausdruck und sprach allen, die an dem Zustandekommen und an der Verschönerung des Festes mitgewirkt hatten, seinen wärmsten Dank aus.

Laer, 9. April. In der Sitzung der Schuldeputation wurden die nach den neuen Bestimmungen neugewählten Mitglieder in ihre Dienstobliegenheiten eingeführt. Dann wurde der Haushaltsplan für 1921 in Höhe von 178 000 M. aufgestellt und der Gemeindevertretung zur Festsetzung vorgelegt. In der Etatsumme sind die Kosten der Lehrerbesoldung nicht mit aufgeführt, weil diese jetzt nicht mehr von der Schulgemeinde zu tragen sind. Die der Gemeinde obliegenden Schulunterhaltungskosten betreffen in der Hauptsache sächliche Kosten aller Art. Ein von der freien Schulgesellschaft gestellter Antrag auf Einführung der weltlichen Schule wurde eingehend beraten und der Gemeindevorsteher beauftragt, mit den Schulleitern, den Elternbeiräten und den Vertretern der Lehrerschaft die zur Durchführung der Angelegenheit erforderlichen Schritte zu beraten und demnächst vorzuschlagen. Die Einrichtung einer Hilfsschule für schwachbegabte Kinder wurde vorläufig zurückgestellt.

Aus der Nachbarschaft.

Wattenscheid, 9. April. Verlustreiche Speckkäufe. Wie jetzt feststeht, sind an den mehrfach erwähnten großen Speckgeschäften des Amtes Wattenscheid insgesamt 1 250 000 Mark verloren gegangen. Die Hälfte des Schadens muß eine Firma Böke tragen; ob sie die Summe aber aufbringen kann, ist fraglich. Als letzter Leidtragender kommt das Amt Wattenscheid in Frage.

Günnigfeld, 9. April. Bigamie. Die Bochumer Strafkammer verurteilte den Bergmann Wladislaus Broskowski von hier wegen Bigamie zu 8 Monaten Gefängnis, dessen zweite Ehefrau wegen gleicher Straftat zu 6 Monaten Gefängnis. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt.

Herne, 9. April. Die Zahl der angemeldeten Schulkinder beträgt hier 13 362 gegen 13 610 im vorigen Jahr, mithin rund 250 weniger. Die Abnahme wäre noch bedeutend höher, wenn der Zuzug nach Herne in der Vorkriegszeit unberücksichtigt bliebe. Nach den standesamtlichen Eintragungen beträgt der Geburtenausfall gegenüber 1914 im Jahre 1915: 30 Prozent, 1916 45 Prozent, 1917 53 Prozent und 1918 47 Prozent. Die Stadtverwaltung wird infolgedessen der Raumnot der Schulen in den nächsten Jahren einigermaßen Herr werden.

Herne, 9. April. Bei der Betriebsratswahl der Zeche Friedrich der Große erhielt Liste 1 alter Verband 651, Liste 2 Polen 498, Liste 3 Unionisten 323, Liste 4 Gewerkverein 213 Stimmen. Das Ergebnis von Schacht 5 steht noch aus. — Einbruch. In der Nacht vom 7. auf 8. wurde bei dem Friseur Heinrich Horst, Goethestraße, eingebrochen. Zwei Schaufenster sind zertrümmert, aus welchen ein großer Posten Zigarren und Zigaretten entwendet wurde. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Aus den Provinzen.

Gelsenkirchen, 9. April. In der Stadtverordnetensitzung wurde noch weiter beschlossen, daß die Lustbarkeitssteuerordnung abgeändert werden soll. Besonders sollen die Kinos durch Einführung der Kartensteuer zu einer erhöhten Lustbarkeitssteuer herangezogen werden. Beschlossen wurde weiter der Erweiterungsbau der Hollandschule in Gelsenkirchen-Ueckendorf durch Anbau einer vierklassigen Steinbaracke, die Kosten stellen sich auf 500 000 Mark. Der Einführung der Gemeindegrundsteuer nach dem gemeinen Werte für das gesamte Stadtgebiet (bisher nur in der Altstadt) wurde zugestimmt, desgleichen der Erhebung eines 50 prozentigen Gemeindezuschlags zur staatlich veranlagten Wanderlagersteuer.

Recklinghausen, 9. April. Theaterfrage. Unter der Leitung des Amtsgerichtsrats Dr. Poertner fand im Hotel Winkelmann eine Konferenz zur Besprechung der Theaterfrage statt, an der auch u. a. Oberbürgermeister Hamm und Landrat Dr. Klausener teilnahmen. Der Vorsitzende gab zunächst Mitteilung von einer Eingabe der Theatergemeinden von Recklinghausen und Umgegend an die städtischen Kollegien, in der diese gebeten werden, die für den Umbau des privaten Schatterschen Theaters, das in der kurzen Zeit seines Bestehens bestrebt gewesen sei, gute literarische Kost zu vermitteln, die erforderlichen Mittel in Höhe von 900000 Mk. bereitzustellen. Da an einen Theaterneubau aus finanziellen Gründen nicht gedacht werden könne, (die Kosten würden mindestens 8 Millionen Mark betragen), sei dies der einzige Ausweg, auf lange Jahre hinaus vorteilhaft mit guter Theaterkultur versorgt zu sein. Bei der lebhaften Aussprache fand dieser Umbauplan allgemeinen Beifall. Die Angelegenheit wurde dem in der letzten Stadtverordnetensitzung gewählten Kunstausschuß zur weiteren Förderung überwiesen.

Hamm, 9. April. Raubüberfall. Ein Fremder, der den Pastor der Herz-Jesu-Kirche persönlich sprechen wollte, schlug das Mädchen, das ihm öffnete, nieder, drang dann ins Wohnzimmer ein, stellte den Pastor, dessen Nichte und Neffen nach Zuruf „Hände hoch" und unter Bedrohung mit dem Revolver gegen die Wand. Mit Komplizen wurden dann die Wohnung und der Geldschrank durchstöbert. Dies geschah jedoch mit größter Eile, denn inzwischen war ein Polizeibeamter, der in der Nähe wohnt, auf dem Wege zum Dienst am Tatort angelangt. Mittlerweile aber hatten die Räuber das Haus an der Gartenseite verlassen. Die drei Räuber waren junge Leute zwischen 20 und 24 Jahren.

Schwerte, 9. April. Von Baggerklauen zerrissen. Der schwerkriegsbeschädigte Erdarbeiter Heinrich Kötter aus Westhofen kam bei Arbeiten am Wasserwerk einem dort arbeitenden Bagger zu nahe und wurde von den Klauen des Baggers buchstäblich in Stücke zerrissen.

Duisburg, 9. April. Die Pocken. Bei einem Insassen des Ledigenheims der Zeche Diergardt, Schacht 3, in Duisburg-Neuenkamp sind die Pocken festgestellt worden. Es ist alle Vorsorge getroffen worden, um ein Umsichgreifen der Krankheit zu verhüten. — Nach sechsjähriger Kriegsgefangenschaft ist der Sohn der Witwe Oesterwind hier in die Heimat zurückgekehrt. Nach seiner Gefangennahme durch die Russen war er nach Sibirien gebracht worden. Er galt als verschollen. Erst vor sechs Wochen traf das erste Lebenszeichen von ihm ein, ein Brief, worin er mitteilte, daß es ihm und 24 Leidensgefährten gelungen sei, aus der Gefangenschaft zu entfliehen, und daß er sich auf der Heimfahrt befinde.

Hamborn, 11. April. Kesselexplosion. In der Gasanstalt der Thyssenwerke, unweit des Schachtes 4, explodierte im Maschinenhause mit furchtbarem Getöse ein Kessel. Das Dach des Maschinenhauses wurde in die Luft geschleudert, die Wände wurden eingedrückt und die Maschinenanlagen wurden von den niederstürzenden Trümmern verschüttet. Ein Obermaschinist und ein Maschinist erlitten erhebliche Brandwunden an Kopf und Armen. Die Ursache des Unglücks ist unbekannt. Die anfängliche Vermutung, daß ein Sprengstoffanschlag vorliege, scheint sich nicht zu bestätigen. Durch die angerichteten Zerstörungen ist die Gasversorgung von Hamborn, Oberhausen, Wesel, Elberfeld und Barmen unterbunden; doch glaubt man, die Störung bald beheben zu können.

Köln, 8. April. Stadtverordnetensitzung. Die gestrige Aussprache der Stadtverordneten über einen Antrag der Kommunisten auf Einführung von freien Schulen, zog sich etwa drei Stunden lang hin. Sowohl seitens des Zentrums, als auch seitens der Demokraten und der Deutschen Volkspartei wurde die konfessionslose Schule schon aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt. Der Oberbürgermeister betonte, selbst wenn der Antrag der Kommunisten angenommen würde, könne die Einführung freier Schulen nicht in Frage kommen, da die Stadt nur für die inneren, aber nicht für die äußeren Verhältnisse der Schule zuständig sei. Die Versammlung genehmigte weiter für die Ausführung notwendiger Arbeiten für die Gürtelbahn auf Bahnhof Wickendorf 3,3 Millionen Mk., für den Anschluß der Siedlung Gremberg an das Stromnetz wurden 162 000 Mk. bewilligt und für Beschaffung von Elektrizitätszählern 1,5 Millionen Mark.

Trier, 9. April. Mordtat. In der Ortschaft Zell hat der Waldarbeiter Mathias Matina den Schiefergrubenarbeiter Spieles mit einem Browning erschossen. Spieles wollte, als er den tötlichen Schuß empfing, gerade in das Haus seines Bruders eintreten, von dem er zur Kommunionfeier eingeladen worden war. Was den Mordbuben zu seiner schändlichen Tat veranlaßt hat, ist unbekannt.

Die Notlage der Saarbergleute.

w. **Saarbrücken**, 9. April. Auf Grund der neuen Eingabe der Bergarbeiterorganisation vom 30. März an die Bergwerksverwaltung fanden am 6. und 7. April im Sitzungssaale der Bergwerksdirektion neue Verhandlungen statt. Die Organisationsvertreter wiesen in eingehender Begründung ihrer Eingabe ganz besonders darauf hin, daß der Lohnabbau und die vielen Feierschichten von den Bergarbeitern als sehr drückend empfunden und nicht ertragen werden könnten. Die Verwaltung erklärte, für die augenblickliche Notlage Verständnis zu haben, sei aber nicht in der Lage, die Verhältnisse zu ändern. Es geschehe alles, um den Absatz zu heben, doch habe sie zurzeit noch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. Mit Bezug auf diejenigen Bergleute, die durch Unfall oder Krankheit verhindert waren, ihren Urlaub am 1. April anzutreten, wolle sie in entgegenkommender Weise eine Verlängerung der Urlaubsfrist bis zum 1. Juli eintreten lassen. Um den verheirateten Bergleuten entgegenzukommen, sei die Direktion für April bereit, falls mehr als zwei Feierschichten eingelegt würden, den verheirateten Bergleuten für die weiteren Feierschichten als Frauen- und Kindergeld pro Schicht einen Frank zu zahlen. Die Organisationsvertreter, die auch eine Reihe weiterer Mißstände auf den Gruben zur Sprache brachten, und an Hand von Material nachwiesen, konnten sich mit diesem Angebot nicht einverstanden erklären und riefen deshalb zur Schlichtung der Streitigkeiten mit den Unternehmern und den Besitzern den Schlichtungsausschuß an.

Gegenwirkung gegen die Sanktionen.

Der Hansabund, der Zentralverband des deutschen Großhandels und Einzelverbände, wie die Hamburger Detallistenkammer, haben die zu ihnen gehörenden Handelskreise dazu aufgerufen, als Gegenwirkung gegen die Zwangsmaßnahmen der Ententeländer von dem Einkauf der von dort stammenden Waren abzusehen.

Dieser Ruf kann nur von Wirkung sein, wenn er nachhaltigsten Widerhall in weitesten Kreisen des Konsumenten findet. An den deutschen Verbraucher wendet sich daher heute wiederum der Bund der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung (Geschäftsstelle Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 36 a,1) mit der Mahnung, täglich dem Vaterland zu helfen mit bewußtem Verzicht auf den Ankauf ausländischer Genußmittel und anderer nicht lebensnotwendiger Verbrauchsgüter.

Wer heute Weine, Liköre, Seifen, Parfümerien, fertige Kleidungsstücke, Seidenstoffe usw. aus dem Auslande bezieht, schädigt dadurch ohne jeden zwingenden Grund unsern Geldwert noch weiter, trägt das Kaufgeld aber auch in Länder, deren Regierungen den Eingang deutscher Ware mit einem Strafzoll von 50 Prozent belegten.

Wie muß in solcher Lage das Urteil über eine deutsche Frau lauten, die es noch wagt, sich Pariser Toiletten zu bestellen? Und doch ist dies nur ein besonders krasses Beispiel für Gedankenlosigkeit und Leichtsinn, deren sich in den letzten beiden Jahren zahlreiche Deutsche schuldig machen.

Mehr denn je sollten daher die Sanktionen der Entente die Mahnungen des Bundes in unsre Ohren klingen lassen, daß der Verbrauch nicht nur die Sache des Einzelnen ist, daß es ein Verbrechen am Vaterland ist, wenn wir unsre Zahlungsmittel milliardenweise für die Einfuhr von Luxusgütern und für raschen Verbrauch entbehrlicher Genußmittel hinauswerfen.

Die deutschen Verbraucher können zum täglichen Einkauf überflüssiger Dinge von keiner fremden Regierung gezwungen werden. Sie brauchen sich keinem Diktat zu unterwerfen. Sie verfügen, wenn sie einig sind, über eine Macht, die stärker ist als manche äußeren Machtmittel, über die Macht des bewußten sittlichen Willens eines ganzen Volkes.

Beschwerden über unpünktliche Zustellung des Märkischen Sprechers durch das Botenpersonal wolle man bei unserer Geschäftsstelle Bochum, Buddenbergstraße 11, oder bei unseren Filialen, wenn das Blatt durch die Post bezogen wird, bei dem zuständigen Postamt anbringen. Nur wenn die Beschwerdefälle zur Kenntnis der zuständigen Stellen gelangen, kann Abhilfe geschaffen werden.

Verlag des Märkischen Sprechers.
Fernruf 125.

Kunst und Wissen.

Städtisches Orchester.

Volkssymphonie-Konzert.

Drei Namen beherrschten das gestrige Symphonieprogramm, Brahms, mit seiner dritten, der F-dur-Symphonie, Dvorak mit seinem Cello-Konzert und Max Reger, dessen symphonischer Prolog zu einer Tragödie zum ersten Male hier erklang. Brahms Werk gehört in die durch mehrere Jahre von der ersten getrennte zweite Periode seiner Symphonien. Es ist eine für sein Schaffen bemerkenswerte Eigentümlichkeit bei Brahms, daß seine bedeutenderen Werke zeitlich paarweise geschaffen wurden. Im November 1876 wurde seine erste Symphonie aus dem Manuskript gespielt, und schon im Sommer 1877 schuf er seine heitere zweite in D-dur; die dritte erlebte am 2. Dezember 1883 in Wien ihre Uraufführung, und im Sommer des folgenden Jahres wurde die vierte und letzte vollendet. Schon nach der Aufführung der ersten prägte Bülow das Schlagwort der „drei großen B" (Bach, Beethoven, Brahms) und nannte das Werk mit Bezug auf Beethoven „Die zehnte Symphonie". Ist auch dieser Superlativ dem Enthusiasmus des schnell entflammten Bülow zugute zu halten — an beißendem Spott der Wagnerianer, von denen Bülow sich kurz vorher abgewandt hatte, fehlte es freilich nach diesem Ausspruch nicht —, so hat er doch schon in einer Beziehung das gekennzeichnet, was die Zeit als Urteil über Brahms gefällt hat. In der meisterlichen Organik, in der wundervollen, überzeugend konsequenten Vogtl des Aufbaus sind Brahms Symphonien die einzigen bis heute noch, die sich dem Vorbilde Beethoven ebenbürtig an die Seite stellen lassen. Brahms war ja ein Konservativer, Strenge der Form, Strenge des Satzes galt ihm als oberstes Gesetz, Klarheit der Zeichnung bildete sein Ziel. Der Ausdruck ist bei ihm wahr und echt, mag er sich nun heiter und freundlich, sorglos und lebensfroh geben wie in seiner zweiten, Wiener Symphonie, oder spröder, rauher und herber wie in der dritten. Die innere Gefühlswärme beseelt die Tonsprache auch hier mit einer Kraft und Intensität, die erst dem tiefer Einhorchenden sich in ihrer vollen Pracht erschließt, in dem durchwühlten, leidenschaftlichen Eingangssatz, in dem von unsäglich süßem Frieden erfüllten Andante, in dem eigenartig melodienreichen Allegretto wie in dem gewaltigen, großartigen Schlußteil. Mit den beiden letzten Symphonien steht Brahms auf der Höhe seines künstlerischen Schaffens, die bedeutsame vierte bildet freilich den Gipfelpunkt seines Wirkens überhaupt. Ungefähr in diese Zeit fällt auch seine Bekanntschaft mit Dvorak, dem er als erster den Weg in die Oeffentlichkeit bahnte, und den der ernste, strenge Norddeutsche bald für seine Kunst gewann, wie dieser Böhme, dem das rechte Verständnis für theoretische Kunstfragen fehlte, jedem neuen Einfluß bald und schnell unterlag. Und ein Abbild all dieser Einflüsse ist Dvoraks Musik durchweg. In einem freilich vollendeten Satzgefüge finden wir Merkmale der verschiedensten Richtungen und Einwirkungen, aber alles durchtränkt von einer kräftig sich regenden Lebensbejahung, durchpulst von einer erfrischenden, überraschenden und charakteristischen Rhythmik. Aber in dieser lebendigen Lust am Musizieren unterläßt er die strenge Kritik gegen sich selbst, und so steht in seinen Werken Edles neben Gewöhnlichem, Schönes neben Trivialitäten. Sein Cello-Konzert ist eines seiner Durchschnittsschöpfungen. Anklänge an Brahms und Wagner verbinden sich mit äußerlich wirksamen Konzessionen an das technisch imponierende Virtuosentum des Soloinstrumentes; freilich spendet die reiche Phantasie Dvoraks auch vereinzelt Stellen von erlesener Schönheit. Die Oberflächlichkeit des Werkes wurde durch den folgenden symphonischen Prolog zu einer Tragödie von Reger noch ganz besonders unterstrichen. Das Werk ist selbst eine Tragödie, in ihrer erschütternden Tragik und niederschmetternden Größe nicht gewaltiger zu denken. Es ist fast ein einziger, qualvoller Schmerzensschrei eines zu Tode betrübten Menschenherzens, das einen unersetzlichen, grauenvollen Verlust (die Mutter) zu beweinen hat. Die aufwühlenden, schneidenden Unisonogänge sind von einer Tiefe der Leidenschaft, von einer gigantischen Größe des Ausdrucks, wie sie auch bei Reger nur selten zu finden ist, ein gewaltiger Trauergesang, dessen namenloser Schmerz durch die gespenstischen, dumpfen Zwischensätze an tiefdüsterem Ernst noch gewinnt. Ein Werk von einer fast übermenschlichen Erhabenheit und Größe.

Hatte das Orchester seinen großen Tag — selten war der Streichkörper von einer solch üppigen, prächtigen Tonfülle, selten die Holzbläser so bestrickend weich und ausdrucksvoll — so wurde das Konzert auch zu einem Ehrentag für Schulz-Dornburg. War schon die Ausdeutung der Brahmssymphonie eine hoch zu bewertende, ganz unlädierte Leistung, die in der herben Leidenschaft den großzügigen Schwung, in den Feinheiten der Partitur die subtilste Art der Behandlung und zu tun wußte, so näherte er sich kraft seines impulsiven Temperaments und der leidenschaftlichen Steigerung der großen Geste, der stürmenden Gewalt eines Reger noch weit mehr. Seine fast fanatische, anfeuernde und mitreißende Art des Dirigierens erzwingt aus dem Tonkörper das Allerletzte an Hingabe und machtvoller Gestaltung; sie kann nur der Ausdruck eines tiefsten Miterlebens sein. Hans Bottermund (Dresden) spielte das Cello-Konzert mit schönem erlesenem Ton, der in der Kantilene durch eine sehr anständige, vornehme Zurückhaltung vor aller Süßlichkeit sich hütet und immer edel bleibt. Die technischen Schwierigkeiten bewältigte er mit äußerster Sauberkeit, ohne das Virtuosenhafte aufdringlich zu betonen. Was das Werk an Gehalt in sich birgt, kam voll zum Ausdruck. Die zahlreichen Zuhörer dankten dem Dirigenten und dem Solisten mit äußerst starkem Beifall. Leider ist die so oft gerügte Unpünktlichkeit zum Ende des Konzertwinters noch um nichts geringer geworden als zum Anfang. Es muß wirklich nicht so leicht sein, zeitig zu erscheinen. —ea—

** **Ernst von Possart** ist, wie schon kurz berichtet, in Charlottenburg gestorben. Mit ihm ist einer der letzten der bedeutendsten Schauspieler der alten Schule dahingegangen. Selten ist ein Schauspieler eine Ehrenstraße gegangen wie Possart. Als Pastorssohn in Berlin 1841 geboren, erhoffte man von seiner Redegabe einen Kanzelprediger, aber nach kurzer Buchhändlerzeit gings zur Komödie. Ueber Breslau und Bern kam er, erst dreiundzwanzigjährig, bereits an die Stätte seines großen Ruhmes: das Hoftheater in München (1864). 1872 wurde er Regisseur, 1875 Oberregisseur, 1892 königlicher Professor, 1893 Generaldirektor, 1895 Intendant der bayrischen Hofbühne, und 1898 erhob man ihn in den Adelsstand. Damit hatte der ehrgeizige Mann den Gipfel seines titel- und ordensreichen Lebens erstiegen. Seine Gesamtleistung als Schauspieler, Organisator der Wagner- und Mozart-Festspiele darf nicht unterschätzt werden. Possarts klassische Bösewichter, Richard III., Marinelli und Jago, seine auf hundert Nuancen ausstudierten Nathan, Shylock und Philipp sind in ihrer vollendeten Rundung geradezu die Schulbeispiele für die alt-klassische Gestaltung.

Die wichtigsten Bestimmungen der Reichseinkommensteuer-Novelle

vom 24. März 1921 für Handel und Industrie.

Am 24. März 1921 hat der Reichstag das Gesetz zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes in dritter Lesung angenommen. Die in diesem Gesetze enthaltenen Abänderungen des Reichseinkommensteuergesetzes sind außer ihrer Tragweite im ganzen noch insofern von ganz besonders akuter Bedeutung, als die wichtigsten Bestimmungen mit dem 1. April 1921 in Kraft getreten sind, also auch für die Einkommensteuererklärungen für das Jahr 1920 mit gelten, die in diesen Tagen abgegeben werden müssen.

Wenn auch in der Novelle berechtigte Wünsche von Handel und Industrie keine Berücksichtigung gefunden haben, so muß doch anerkannt werden, daß durch sie schwerwiegende Fehler des Einkommensteuergesetzes beseitigt sind und die Ueberspannung des Schanzschen Einkommensbegriffes aufgehoben ist. Sie bringt durchweg Verbesserungen, die zwar nur als eine bescheidene Erfüllung längst erkannter volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten angesprochen werden können, ist aber somit der erste Versuch, die bewußte Gefährdung der deutschen Wirtschaft durch die nachrevolutionäre Steuergesetzgebung zu mildern.

Vor allen Dingen ist der Fortfall der Besteuerung der einmaligen Veräußerungsgewinne und die Möglichkeit der Einsetzung von sogenannten Werkerhaltungskonten zu begrüßen. Ueber diese beiden Punkte sei im folgenden im einzelnen gesprochen:

1. Fortfall der Besteuerung der einmaligen Veräußerungsgewinne.

Nach § 11 Ziffer 5 des Einkommensteuergesetzes unterlagen durch einzelne Veräußerungsgeschäfte erzielte Gewinne der Besteuerung. Diese Bestimmung ist jetzt durch die Novelle in der Form abgeändert worden, daß derartige Gewinne nur dann der Besteuerung unterliegen sollen, wenn

a) der Erwerb des veräußerten Gegenstandes zum Zwecke gewinnbringender Wiederveräußerung erfolgt ist (Spekulationsgewinn) und

b) soweit die Veräußerungsgeschäfte nicht zum Gewerbebetrieb des Steuerpflichtigen gehören.

Hauptvoraussetzung für die Steuerpflicht derartiger Gewinne ist also, daß es sich um Spekulationsgeschäfte handeln muß. Es ist natürlich sehr schwer, eine Definition des Begriffes Spekulationsgeschäfte zu geben. M. E. kann man nur aus einer Häufung derartiger Geschäfte auf eine Spekulationsabsicht schließen. Erwirbt also jemand gelegentlich Wertpapiere und veräußert sie mit Gewinn weiter, so kann daraus eine Spekulationsabsicht noch nicht hergeleitet werden. Anders ist es natürlich, wenn jemand ständig außerhalb seines Gewerbebetriebes Börsenspielgeschäfte betreibt.

Aus der Neufassung der Nummer 5 des § 11 ergibt sich ferner, daß man ohne weiteres zum Zweck der Tilgung der Reichsnotopferschuld Wertpapiere zum Verkauf bringen kann, ohne befürchten zu müssen, mit dem dabei erzielten Gewinn zur Einkommensteuer herangezogen zu werden.

Die erwähnten Bestimmungen gelten auch für Körperschaften.

Wichtig ist, daß nunmehr die Bestimmung des § 13 Ziffer 8, nach der bei einzelnen Veräußerungsgeschäften erlittene Verluste vom Gesamtbetrage der Einkünfte abgezogen werden können, nur gegenüber Spekulationsgewinnen anwendbar ist. Es können also nur Verluste aus Spekulationsgewinnen abgezogen werden und auch nur insoweit, als ihnen Spekulationsgewinne gegenüberstehen.

2. Die Möglichkeit der Einsetzung von Werkerhaltungskonten.

Schon seit längerer Zeit kämpft die Steuerwissenschaft dafür, den Steuerpflichtigen die Möglichkeit der Einsetzung eines steuerfreien Werkerhaltungskontos auf der Passivseite der Bilanz zu erringen, in dem der Steuerpflichtige den infolge der Geldentwertung neben den gewöhnlichen Abschreibungen notwendig gewordenen Betrag für die Erneuerung seiner Anlagen zum Ausdruck bringen kann.

In zwei neuen Entscheidungen vom 11. Januar 1921 hat sich der Reichsfinanzhof unter gewissen Voraussetzungen für die Zulässigkeit derartiger Werkerhaltungskonten erklärt. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß im allgemeinen an diese beiden Entscheidungen viel zu weit gehende Hoffnungen geknüpft worden sind und daß für die Einsetzung von steuerfreien Werkerhaltungskonnten nach diesen Entscheidungen vor allen Dingen zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

a) Es muß sich um eine Wertminderung eines wirklich in der Bilanz vorhandenen Vermögensgegenstandes handeln. Der Verlust muß bereits eingetreten und außerordentlicher Umstände wegen nicht ausgeglichen sein.

b) Die Abschreibung muß sich innerhalb der Wertgrenze des betreffenden Gegenstandes bewegen, sodaß eine Abschreibung nur bis auf Null vorgenommen werden kann.

Macht der Steuerpflichtige dagegen geltend, daß das Unternehmen im ganzen durch den Verlust eines unentbehrlichen Aktivums, das nur zu einem wesentlich die Herstellungskosten übersteigenden Preise neu beschafft werden könne, geschädigt sei, so muß er diese Geltendmachung durch die Behauptung schlüssig begründen, daß infolge dieses Verlustes die in der Bilanz dargestellten Aktivwerte ihrer Gesamtbezifferung nach zu hoch angesetzt seien.

Es kann hier im einzelnen auf die sehr schwierige Materie der Werkerhaltungskonten nicht eingegangen werden. Aus den kurzen Anführungen wird sich jeder Leser überzeugen, daß die Einsetzung von steuerfreien Werkerhaltungskonten an sehr schwierige Voraussetzungen geknüpft ist, die im einzelnen genau begründet und bewiesen werden müssen.

Die Körperschaften werden auch künftighin steuerfreie Werkerhaltungskonten nur unter den aus den genannten Entscheidungen zu ziehenden Voraussetzungen in ihre Bilanzen einsetzen können, denn ganz unlogischerweise ist die Berechtigung zur Absetzung solcher Rücklagen, wie sie der neue § 59a vorsieht, nicht auf Körperschaften ausgedehnt worden.

§ 59a, der in folgendem einer kurzen Besprechung unterzogen werden soll, gilt nur für Einzelpersonen, findet also nur auf den Einzelunternehmen Anwendung. Er leutet:

„Bei Ermittlung des Betriebsgewinns und des Geschäftsgewinns im Sinne der §§ 32, 33 zum Zwecke der Veranlagung für die Rechnungsjahre 1920 bis 1926 können den Verhältnissen entsprechende Rücklagen zur Bestreitung der Kosten steuerfrei abgesetzt werden, die zur Ersatzbeschaffung der zum land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen oder bergbaulichen Anlagekapital gehörigen Gegenstände über den gemeinen Wert der Ersatzgegenstände hinaus voraussichtlich aufgewendet werden müssen (Mehrkosten). Die Mehrkosten sind zu Lasten dieser Rücklagen zu verrechnen; stehen zur Bestreitung der Mehrkosten zu diesem Zwecke gebildete Rücklagen nicht zur Verfügung, so können die Mehrkosten als Werbungskosten in Abzug gebracht werden. Bei Feststellung des Anschaffungs- oder Herstellungspreises im Sinne des § 33a bleiben die Mehrkosten außer Betracht, soweit sie für Ersatzbeschaffungen als Werbungskosten in Abzug gebracht oder aus steuerfreien Rücklagen gedeckt worden sind."

Aus dieser Vorschrift ergibt sich, daß der Einzelunternehmer in der Lage ist

1. rechtzeitig Rücklagen zu schaffen, um die demnächstigen Mehrkosten für Ersatzbeschaffungen bestreiten zu können;
2. daß er diese Rücklagen jederzeit bilden kann und nicht wie bei den Abschreibungen an einen bestimmten Zeitraum gebunden ist, und daß er
3. wenn er derartige Rücklagen nicht gebildet hat, die Mehrkosten als Werbungskosten von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug bringen kann.

Zu beachten ist aber, daß diese Rücklagen nur insoweit steuerfrei sind, als sie über den gemeinen Wert der Ersatzgegenstände hinausgehen. Dabei erhebt sich schon der Zweifel, ob als gemeiner Wert der Verkaufswert an sich oder entsprechend den Grundsätzen für die Wertermittlung nach dem Reichsnotopfergesetz der Wert in Betracht kommt, den der Ersatzgegenstand als einen dauernden hat. Nach den Erklärungen der Reichsregierung ist zu hoffen, daß als gemeiner Wert der Dauerwert angenommen werden wird.

Im Absatz 2 des § 59a ist dann weiter bestimmt, daß der Reichsschatzminister Richtlinien über die jeweilige Höhe der über den gemeinen Wert hinausgehenden Mehrkosten erlassen soll. Diese Richtlinien sollen erst erlassen werden nach Anhörung eines vom Reichstag zu wählenden Ausschusses unter Zuziehung von Sachverständigen, welche vom Reichsminister der Finanzen zu ernennen sind. Ob dieser Ausschuß und die zu ihm hinzugezogenen Sachverständigen sehr viel praktische Arbeit im lebensnotwendigen Interesse von Handel und Industrie leisten werden, erscheint zweifelhaft, da der Reichsfinanzminister bereits erklärt hat, daß die Entscheidung über den Inhalt der Richtlinien ausschließlich ihm zustehe, und daß der Reichstagsausschuß nur gutachtlich zu hören sei, nicht aber ein Mitbestimmungsrecht habe.

Als sehr wichtig ist zu beachten, daß die Vorschrift des § 59a nur für die Rechnungsjahre 1920 bis 1926 gilt. Man muß deshalb die Erneuerungsrücklagen während dieser Zeit ihrer Bestimmung zuführen.

Eine weitere wichtige Verbesserung im Interesse der Gewerbetreibenden bringt das Gesetz noch durch die Abänderungen der §§ 32 und 33 des alten Gesetzes und die Einfügung der Vorschrift des neuen § 33a und die Streichung verschiedener Bestimmungen in den §§ 32 und 33.

Durch die Neuregelung wird folgendes erreicht:

1. Die dem Betriebe dienenden Gebäude nebst Zubehör sind jetzt ebenso wie die Wirtschaftserzeugnisse, Waren und Vorräte des Betriebes nach ihrem Stand und Wert am Anfang und am Schluß des Wirtschaftsjahres zu vergleichen.
2. Als Wert der Erzeugnisse, Waren und Vorräte des Betriebes sowie des beweglichen Anlagekapitals und der dem Betriebe dienenden Gebäude nebst Zubehör ist nicht mehr der gemeine Wert (Verkaufswert) anzusetzen, sondern der Anschaffungs- oder Herstellungspreis nach Abzug der zulässigen Absetzungen für Abnutzung. Uebersteigt aber dieser Anschaffungs- und Herstellungspreis den gemeinen Wert, so kann der Steuerpflichtige an Stelle des Anschaffungs- oder Herstellungspreises den gemeinen Wert einsetzen, den der steuerbare Gegenstand als einen dauernden hat.

Daß diese Neuregelung, die ganz allgemein gestattet, die Gegenstände des Betriebsvermögens nach dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis zu bewerten, gegenüber der Bewertungsmethode des alten Gesetzes ein wesentlicher Fortschritt ist, bedarf keiner näheren Begründung.

Im Interesse des Wohnungsbaues von Wohnungen für Arbeitnehmer ist die Vorschrift des § 59 in seiner Neufassung zu begrüßen. Steuerfrei bleiben sollen nämlich Aufwendungen für die Neubeschaffung von Kleinwohnungen, die in den Jahren 1920 bis einschließlich 1923 baulich beendet worden sind, sofern die Verwendung der Bauten zu Kleinwohnungszwecken für mindestens 15 Jahre von der Fertigstellung an gesichert ist, jedoch nicht über den Betrag hinaus, um den die Aufwendungen den gemeinen Wert der Baukosten oder die durch sie eingetretene Werterhöhung der Gebäude übersteigen. Des weiteren sollen steuerfrei bleiben Beträge, die der Steuerpflichtige gemeinnützigen Vereinigungen und Gesellschaften in den Jahren 1920 bis einschließlich 1923 zugewandt hat, sofern diese Vereinigungen oder Gesellschaften satzungsgemäß und tatsächlich ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungsbaues bezwecken.

Als ganz interessant mag erwähnt werden, daß diese Bestimmungen im Ausschuß gegen die Stimmen der Linken angenommen worden sind.

Die Regierung hatte gewünscht, daß die Beiträge an mildtätige, gemeinnützige und kulturfördernde Vereinigungen ihre Steuerfreiheit verlieren sollten. Diesem Wunsche ist die gesetzliche Erfüllung versagt worden, vielmehr verbleibt es bei der Steuerfreiheit derartigen Beiträge mit Ausnahme der Beiträge an politische Vereinigungen. Es muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß auch nach dem alten Gesetz diese Beiträge nur insoweit steuerfrei waren, soweit ihr Gesamtbetrag 10 vom Hundert des Einkommens des Steuerpflichtigen nicht überschritt. Diese Bestimmung ist aufrecht erhalten, ihr aber noch die Einschränkung hinzugefügt worden, daß das nach dem Abzug dieser Beiträge verbleibende steuerbare Einkommen mit dem gleichen Hundertsatz besteuert wird, der sich ohne diesen Abzug ergeben würde.

Auf die übrigen Verbesserungen, die das Gesetz bringt, kann im Rahmen dieses Aufsatzes, der lediglich das Gesetz in seiner Bedeutung für Handel und Industrie würdigen will, nur hingewiesen werden. Es sind dies der Fortfall der Doppelbesteuerung des Jahres 1920, die Aenderung des Tarifs für die kleineren Einkommen und die Regelung der an Stelle des sogenannten Existenzminimums tretenden Abzüge.

Ist auch das neue Einkommensteuergesetz nicht das Muster einer Einkommensteuer, und sind sehr berechtigte Wünsche von Handel und Industrie in ihm unberücksichtigt geblieben, so muß doch hervorgehoben werden, daß es zum ersten Male gelungen ist, eines der neuen Steuergesetze ein wenig den aus der Lage unseres Wirtschaftslebens sich ergebenden Notwendigkeiten anzupassen.

Schüler,
Rechtsanwalt und Justitiar der Handelskammer in Bochum.

Ein unverantwortliches Spiel.

Aus den Aussagen gefangener Kommunisten und dem erbeuteten schriftlichen Material geht nur zu deutlich hervor, wie unmittelbar drohend die Gefahr eines bolschewistischen Umsturzes auch nach der Niederwerfung der jetzigen Aufstandsbewegung und gerade nach ihr ist. Die rechtsstehende Presse hält es als ihre heiligste Pflicht gegenüber dem Vaterland, die Regierung rechtzeitig zu warnen und hat die Ereignisse der Märztage ebenso vorausgesagt, wie sie jetzt erneut darauf aufmerksam macht, daß diese Märzereignisse nur die Vorboten einer großen Aktion bedeuten. Und alle Parteiorgane, herab bis zu denen der U. S. P. D., warnen ihre Parteimitglieder vor der kommunistischen Bewegung, weil ihnen die Bedeutung des Zieles der Kommunisten, in Deutschland das Sowjetsystem aufzurichten und deren Folge für die Arbeiterschaft, gerade jetzt in den letzten Märztagen besonders deutlich vor Augen geführt ist. — Nur das Blatt der Frankfurter Demokraten hält es unter seiner Würde, das Wohl und Wehe des Vaterlandes hinter die Ziele der Partei zu stellen und benutzt den Kommunistenaufstand, der amtlich nachgewiesenermaßen von russischem Geld und russischen Führern bewerkstelligt ist, zu einer Parteipropaganda gegen die Rechtsparteien, vergißt jedoch, daß es sich diesmal dabei nicht nur gegen Rechts, sondern auch gegen ihr Parteiblatt, das „Berliner Tageblatt", und gegen Links wendet.

Wenn die „Frankfurter Zeitung" in ihrer ersten Morgenausgabe vom 31. März in dem Leitartikel „Ein unverantwortliches Spiel" schreibt:

„Jeder kleine Spuk einiger wildgewordener Männer, der für ein paar Stunden einen unbedeutenden Ort erschrecken konnte, wird von einem Teil der Presse, denen Sensation über alles geht, zu einer großen Aktion gemacht."

So scheint ihr die große Gefahr, in der Deutschland und die wirkliche Gefahr, in der deutsche Bürger und Arbeiter auch in den unbedeutendsten Orten geschwebt haben, entgangen zu sein. Auch scheint die „Frankfurter Zeitung" nicht die eingehenden Meldungen des ins Aufruhrgebiet entsandten Korrespondenten des „Berliner Tageblattes" gelesen zu haben, der die Tatsachen, wie Zerstörung und Sprengung von Eisenbahn und Eisenbahnbrücken, Beschädigung öffentlicher Gebäude, jegliche Behinderung der ruhigen Arbeit, Ermordung von Einwohnern und Organen der Staatsgewalt und Beraubung fremden Gutes brachte. Die ausführlichen Berichte der sozialistischen Presse über die Schreckensvorgänge in den verschiedenen Orten, u. a. ganz insbesondere in Ammendorf, wozu das Parteiblatt der Mehrheitssozialisten in Halle schreibt:

„Das ist in Ammendorf geschehen, und nicht anders ist es in den vielen Orten geschehen, wo in diesen Tagen auf kurze Zeit die „Kommunisten" ihre Herrschaft ausübten. So und nicht anders würde es der gesamten Arbeiterschaft ergehen, wenn die Kommunisten ihr Ziel erreichten, in Deutschland das Sowjetsystem aufzurichten."

finden bei der „Frankfurter Zeitung" scheinbar ebenfalls keine Würdigung.

Ist denn der Begriff von Recht und Gerechtigkeit im deutschen Vaterland schon so völlig geschwunden, daß deutsche Bürger und Arbeiter auch nur einige Stunden, und wenn sie in dem unbedeutendsten Orte wohnen, von nur einigen wildgewordenen Männern bedroht werden dürfen, ohne daß die Oeffentlichkeit für sie eintritt und ihre ausgestandene Angst und ihre Leiden schildern darf?

Vom Büchertisch.

Egelhaafs Histor.-politische Jahresübersicht für 1920. Herausgegeben von Hermann Haug. — Carl Krabbe Verlag Erich Gußmann in Stuttgart. (Geh. 20 Mark.)

Die Verfassung des Freistaates Preußen vom 30. Nov. 1920 von Dr. Conr. Bornak. Verlag H. W. Müller, München. (Preis 8,80 Mk.)

Wann kommst du, Bismarck? Gedichte aus Deutschlands tiefster Not von Franz Lüdtke. Verlag Herm. Krüger, Berlin.

Die schwarze Pest in Deutschland! von Hans Alexander. Orla-Verlag, Leipzig. (Preis 3 Mark.)

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 1.— M. bei Vorauszahlung

Redakteur Rudolf Voelt, Roonstraße 1.

Frauen-Ausschuß der Deutsch-nationalen Volkspartei, Bochum. Mittwoch, den 13. April, abends 8¼ Uhr, Versammlung im Bismarckzimmer des Ev. Vereinshauses. Besprechung über die gegenwärtige Lage.

Die stille Stadt.

Ein Städtchen, tief ins enge Tal geklemmt,
ural, urd grau, das steile Bergrund hemmt
der Menschenströme flutendes Gedränge.

Die Sonne ruht darin den ganzen Tag.
Die Luft ist voller Duft und Amselschlag
und feierlicher Glockensänge.

Die greisen Häuser stehen müd und schwer,
ein Brunnen singt liebliche Märchenmär,
die Menschen gehen wie durch Träume.

Doch naht sich dieser Einsamkeit
einmal der Qualm der fernen Essen
und färbt der Höhen reine Säume —

auferollt der Wald in wildem Streit,
und seine Wipfel starren breit,
und tiefer tönt das holdeste Vergessen.

Ludwig Bäte.

Das vierte Gebot.

Von Max Jungnickel.

Irgendwo, auf einem Dachboden, fand ich ein zerblättertes, stockfleckiges Schreibheft. Als ich's aufschlug, da dachte ich: Wieviel Fleiß hat das Schreibheft in sich hineingesogen? Wieviel Kinderblicke? Wieviel Lerchengesang hat ungehört an die Blätter des blauen Heftes geklopft? — Wie ernst und streng kann doch so ein Schreibheft sein. Alle Knabenunruhe weiß es zu bändigen.

Auf einem Blatte, ganz oben, stand schwerfällig, aber fast schön geschrieben, das vierte Gebot. — Ein wütender Strich ging groß durch die Worte: „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren!" — Der Strich stieß wie ein Dolchmesser in mein Herz hinein.

Warum hatte denn die Schuljungenhand diesen schönen Satz durchstrichen? Diesen Satz, auf den Kirchen gebaut werden können. Und immer fragte es durch meine Gedanken: „Warum?" — Hat die Roheit eines Vaters den feingeschriebenen Satz dunkel gemacht? Hat der Leichtsinn einer Mutter das selige Gebot ausgelöscht? — Warum der wütende Strich?

Was schimmert und schreit und braut alles in der einen schwarzen Linie, die wie ein modriger Bach den funkelnden Satz durchläuft? — Was lebt in dieser Linie? — Fuseldunst? — Schläge? —Gewalt? — Lüge? — Und ein paar Tropfen klagendes Blut aus einem Jungenherzen? Liegt in dieser Zeile, die das Bibelgebot zerkrallt, das Gift drin, das in den Jugendbecher der Kindheit fiel? — Vielleicht! — Vielleicht! — Ich weiß es nicht. Aber die Blätter, die hinter dem durchstrichenen vierten Gebot folgen, sind alle unordentlich geschrieben, flüchtig, lieblos. —

„Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren!" — Es ist, als beugten sich die Buchstaben und neigten sich zitternd unter der Wucht dieses einen schwarzen Striches.

Die „teure" Zeit.

Ein wehmütiger Rückblick.

Als ich heute in langvergessenen Briefschaften und Papieren kramte, fiel mir ein engbekritzeltes Schreiben in die Hände, das mir meine treue, mütterliche Freundin im Sommer 1879 nach dem lieblichen Schandau übersandte. Ich habe der längst heimgegangenen, feinen, vergrämten Frau viel zu danken. Vielleicht war sie die einzige, die in das äußerlich reiche Leben des verwöhnten Kindes so etwas wie Seelenglanz getragen hatte, und ihre nie erlöschende Güte und ihre tiefe Innerlichkeit hatten das heiße, ahnende Geschöpf zu leidenschaftlichster Ergebenheit hingerissen. Damals war ich gerade 13 Jahre alt, als ich ihren Brief empfing. Warum sie mit ihren Nöten und Kümmernissen sich an das weltfremde kleine Wesen wandte? Mein Gott, sie hatte so wenig Herzen, die alte Frau, und Einsamkeitsseelen verstehen sich gut, auch über trennende Altersgrenzen hinweg. Doch ich will ja nicht von mir sprechen, ich will nur zeigen, daß die Jahre, die uns jetzt wie ein märchenentrückter Traum erscheinen, auch schon damals für den einzelnen die „schwere", die „teure", die „bitterernste" Zeit bedeuteten. Ich setze den Brief, unter Fortlassung alles Persönlichen, im Original hierher:

„. . . . und so freue ich mich denn von Herzen, mein geliebtes Kind, daß Deine guten Eltern Dich mit den Freunden nach der wundervollen Sachsenschweiz geschickt haben. Vier Mark fünfundzwanzig täglicher Pensionspreis ist zwar eine gewaltige Summe, aber Deine lieben Eltern sind ja dazu in der Lage, und wenn ihr Töchterchen mit roten Wangen heimkehrt, werden sie das Opfer nicht mehr als Opfer empfinden.

Von mir und meinem Leben willst Du wissen, Liebling? Ach, da gibt es nur Sorgen, Sorgen und immer wieder Sorgen! Gewiß, ich habe eine feste Rente von 110 Mark, und früher konnte ich auch vorzüglich damit auskommen, aber die Teuerung nimmt jetzt überhand. Für eine Mandel Knickeier hat meine verflossene Marie unlängst vierzig Pfennig und für ein Pfund schieres Rindfleisch sogar sechzig Pfennig bezahlen müssen. — Du wunderst Dich über den Ausdruck „verflossene Marie?" Ja, mein Herz, ich mußte mich von der guten, treuen Seele trennen. Du weißt, sie erhielt einen Monatslohn von acht Mark bei mir, aber sie hat für ihre alte Mutter zu sorgen und kann es nun nicht mehr unter zehn Mark tun. Und dazu bin ich natürlich nicht imstande. Um eine große Ausgabe, von der ich Dir später schreiben werde, zu decken, habe ich eins meiner beiden Zimmer an zwei junge Studenten abgegeben. Die zwölf Mark Miete, die sie mir zusammen zahlen, sind natürlich eine hübsche Beihilfe, aber sonst ist von den armen Teufeln nicht viel zu holen. Wo sie eigentlich zu Mittag speisen, mag der Himmel wissen, bei Kempinski oder bei Töpfer in der Dorotheenstraße — ganz bestimmt nicht. Des Abends kaufen sie sich meist jeder drei Schrippen und einen Stangenkäse für fünf Pfennig, denn mehr als eine viertel Mark dürfen sie für ihr gemeinsames Nachtmahl nicht anwenden. — Und nun, kleine Neugier, brennst Du natürlich auf die sensationelle Anschaffung, die ich mir geleistet habe. Ja, mein Herzblatt, Deine alte Tante ist unter die Verschwenderinnen gegangen und hat sich ein wunderschönes, fertiges, schwarzes Kaschmirkleid für 37 Mark gekauft. Gewiß, es mag ein Luxus sein, aber ich bin nahe an sechzig, ein zweites ähnliches Prachtgewand werde ich in diesem Leben nicht mehr gebrauchen. Und wenn mein liebes, kleines Mädelchen erst eine große, schöne Dame geworden ist, will ich auf ihrer Hochzeit damit Staat machen.

Nun höre ich aber mit Schreiben auf, denn ich bin schon wieder mal ins Schwatzen geraten. Das bringen wohl die Jahre so mit sich. — Bleibe mir gesund, mein Goldkind, und gedenke auch mal in Deiner Jubelstimmung

der alten, treuen Tante Ernestine."

Anna Julia Wolff.

Gemeinnütziger Bauverein eGmbH.

zu Altenbochum.

Rechnungsabschluß am 31. Dezember 1920.

	Vermögen Mk.	Schulden Mk.
Bebaute Grundstücke	5 218,47	
Mietshäuser	20 169,45	
Beteiligung bei der Bauvereinsbank	300,00	
Rücklagehinterlegung bei der Bauvereinsbank	565,28	
Schuldner (Bauvereinsbank)	8 361,64	
Kassenbestand	116,72	
Hypotheken		19 800,00
Geschäftsanteile der Mitglieder		7 723, 6
Anzahlungen der Hauserwerber		2 653,72
Kautionen		490,76
Rücklagen		1 050,82
Rückstellung (für Zinsen und Amortisation)		600,00
Gewinn		2 412,90
	34 731,56	34 731,56

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

	Ausgaben Mk.	Einnahmen Mk.
Feuerversicherung	20,70	
Grund- und Gebäudesteuer	173,66	
Kapitalertragsteuer	47,03	
Geschäftsunkosten	423,65	
Unterhaltungskosten	341,30	
Wassergeld, Schornsteinfeger- und Müllabfuhrgebühr	110,69	
Zinsen für Hypotheken	800,00	
Zinsen für Hauserwerber	67,60	
Gewinn	2 412,90	
Gewinnvortrag aus 1919		2 212,24
Zinsen und Dividende		407,29
Hausmieten		1 728,00
Rückzahlung, Kriegshilfskasse		50,00
	4 397,53	4 397,53

	Mitgliederzahl	Anteilzahl	Geschäftsguthaben Mk.	Haftsumme Mk.
Am 31. Dezember 1919	57	86	7 722,46	17 200,00
Zugang 1920	1	1	0,90	200,00
Zusammen	58	87	7 723,36	17 400,00
Abgang am 31. Dezember 1920	—	—	—	—
Bestand	58	87	7 723,36	17 400,00

Altenbochum, den 10. März 1921.

Der Vorstand: Wagener, Blum, Croll.

Infolge stetig steigenden Umsatzes gezwungen, meinen Betrieb zu vergrößern, habe ich die früheren Lagerräumlichkeiten des Konsumvereins „Wohlfahrt"

Weitmar, Wiemelhauserstraße 17

übernommen und befindet sich mein Fabrikbetrieb von jetzt ab daselbst.

Durch günstigen Einkauf größerer Posten Rohmaterialien bin ich in der Lage, auch weiterhin gute und preiswerte Ware zu liefern. Unterhalte ein ständiges größeres Lager in **Bürsten, Pinseln** für alle technischen und privaten Zwecke, sowie **Scheuertücher** in verschiedenen Größen und Qualitäten.

Willy Straten

Bürsten- und Pinselfabrikation

Weitmar, Wiemelhauserstrasse 17.

Mietsgesuche

Zwei möbl. Zimmer

(Wohn- u. Schlafzimmer) ev. mit Fernsprech-Anschluß gesucht u. bitte um gefl. Angebote. Ingenieur Lenk, Kronenstraße 10.

Räume f. Autos

f. sof. o. spät. zu mieten gesucht.
Kuhnert, Schillerstr. 45 Telf. 1466.

Offene Stellen

30—45 Mk. täglich

Nebenverdienst, nachweislich bei nur 2 bis 3 Stunden Tätigkeit. Prospekt Nr. 333 gratis. B. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Städtisches Arbeitsamt

Bochum, Iranigasse Nr. 7, Eingang E. Scharpenseel-Brauerei.

Die männliche Abteilung

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 118, sucht:

Blechschlosser, älteren Huf- u. Wagenschmied, Schwarzblechlemoner für Autofabrik, Schneider, Maler u. Anstreicher, Schuhmacher, Bohrer für Waggonbau, Maurer.

Abteilung für Lehrlinge:

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 144 sucht:

Kaufmann, Schmied, Maler u. Anstreicher, Lackierer, Friseure, Gärtner für Herrschaftsbetrieb, Kunststeinfabr.

Die weibliche Abteilung:

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 119, sucht:

Haus-, Zweit- und Küchenmädchen, ½-, ¾- und Tagesmädchen, Stützen, jüngere und ältere Mädchen für Haus- u. Landwirtschaft, verl. Stenotypistinnen, verl. Restaurationsköchin und Beiköchin, 1 Buchhalterin für Möbelgeschäft (muß im Verkauf tätig sein), 1 evang. Hausbälterin mit Zeugnissen, 1 Stubenmädchen mit engl. u. franz. Sprachkenntnissen für Beaufsichtigung der Schularbeiten (nachmittags).

Abteil. für Lehrmädchen:

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 145, sucht:

Mädchen für häusliche Berufe auf dem Lande.

Wohnungs-Tausch.

In Herbede, Nähe Bahnhof, steht eine abgeschlossene 5-Zimmer-Wohnung in Tausch gegen eine nach Möglichkeit größere Wohnung in Bochum zur Verfügung.

Anfragen an den Bochumer Verein, Mietbüro.

Ladenlokale

in verkehrsreicher Lage an Plätzen d. Kohlenrev. für

Zigarren-Spezialgeschäfte

gesucht. Wir richten ehrlichen Leuten mit Lokalen u. Kaution Geschäfte ein. Offerten unter Nr. **2126** an diese Zeitung erbeten.

---

30 Hilfsarbeiterinnen

gesucht.

Willy Straten

Bürsten-, Pinsel- u. Scheuertücher-Fabrikation

Weitmar, Wiemelhauserstrasse 17.

Tüchtige

Rockschneider

gesucht. H. Müller, Kaiserstraße 3.

Suche für sofort einen

Schneidergehilfen

Kost und Schlafstelle bei Schneidermeister Friedr. Skrotzki, Werne, Blücherstraße 1.

Zum mögl. baldig. Eintritt wird ein evang. jüngerer

Bürobeamter

mit kaufmänn. Ausbildung gesucht. Ausführl. handschriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermins und der Gehaltsansprüche unter **K. A. 200** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Besseres Mädchen

aus gut. ev. Familie, welches alle Hausarbeit versteht, in kl. Privathaushalt b. Familienanschl. gesucht. Vers. wird Gelegenheit geboten, sich in Küche u. Hausgalt auszubilden. Ang. unt. **M. K. 76** an die Geschäftsstelle d. Z.

Stütze

die auch sämtl. Hausarbeit übernimmt, z. 15. April in kleinem Haushalt gesucht. Frau Hermann Meyer Kaiserring 35.

Mädchen

für halbe od. ganze Tage zu sof. od. später gesucht.
Frau Zöllner, Altenbochum, Wittenerstr. 24.

Kontoristin

mit guter Handschrift, perfekte Stenotypistin, für alle vorkommenden Kontorarbeiten, von Manufakturwaren und Konfektionsgeschäft sofort ges. Ausführliches Angebot erbeten unter **2110** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Tüchtige

Stenotypistin

zum baldigen Eintritt gesucht. Meldungen mit Zeugn.-Abschriften u. Gehaltsanspr. unter **G. H. 25** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wegen Heirat meines jetzigen Mädchens suche ich zum 1. Mai ein älteres, erfahrenes evangelisches

Mädchen.

Gute und angenehme Dauerstellung bei hohem Lohn u. freien Kassen.
Frau Walther Hermann Langenberg Rhld., Hauptstr. 78. Fernruf 114.

Branchekundige, erstklassige

Verkäuferin

sofort gesucht.
Konditorei Kammann Essen-Ruhr, Limbeckerstraße 76.

Stellengesuche

Jung. strebsames Mädchen, 17 Jahre alt, sucht Stellung als

Verkäuferin

in einem Manufakturwarengeschäft zwecks weiterer Ausbildung. Dieselbe ist auch vertraut in Stenographie, Maschinenschreiben und Buchführg. Ausführl. Angebote unt. Nr. 2198 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erb.

Verkäufe

Wohnhäuser

Josefstr. 47 u. 49 mit abgeschl. Wohn. u. schönen Gärten bill. zu verkauf. 2—3 Zimmer-Wohnung kann eingerichtet werden. **M. Haarkamp,** Ottostr. 31 Fernruf 447.

Gut erhaltene

Schulbücher

von Sexta bis Prima für das Gymnasium Bochum sind zu haben Lütgendortmund, Kaiserstr. 17.

Steinhäger, Wacholder, Münsterländer, Klaren, Liköre, süße Weine, Rhein- u. Moselweine Sekt, Fruchtweine

empfiehlt
A. Janzik,
Maarbrucker Str. 12.

Fast neuer Gehrock-Anzug f. starke Person zu verkaufen.
Friedenstr. 5, 1. Et.

Kompl. Badeeinrichtung, Tdecke mit Linoleumbelag, Bücher der Oberrealschule I zu Bochum, Sexta, Quinta, Quarta, Schwein, fast schlachtreif, zu verkaufen.
Eickelerstraße 19.
Telefon 2989.

1 Wäschemangel
1 Stehpult
1 Kopierpresse

zu verkaufen. Bochum 5, Poststraße 43, 1. Etage.

Säcke

neue u. gebr., in Jute, Papiergew. wie auch Packleinen kauft und verkauft S. Fischer, Sackgroßhandlung, Friedrichstr. 28, Tel. 1871, Wohnung Neustr. 2.

Küchen- und Schlafzimmer-Einrichtung

sehr solide verarbeitet, zusammen für 5350 Mark, auf Wunsch auch einzeln abzugeben.
Divergstr. 5, Schreinerei

Metallbetten

Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten Polster an Jedermann. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Neues modernes **Schlafzimmer** (Birke gestr.) preisw. zu verk. Clemensstr. 31 III.

Schuhmacher-Kolibri-Maschine,

gut nähend, billig zu verkaufen. F. Nengelken, Weilenbrink 13.

Wöchentlich
10 bis 15 hl. Hefe
hat abzugeben.
Victoria-Brauerei Act.-Ges. Bochum.

Tabak

Cigarren u. Cigaretten liefert direkt an Private
Mitteldeutsche Tabakmanufaktur
Cassel 15, Orleanstr. 47
Preisliste gratis.

Fast neuer

Kapott-Hut

für ältere Dame preiswert zu verkaufen.
Friedhofstr. 3, part. r.

Gut erh. Übersg für M.-Kappe, schreck., z. verk. Königstr. 151.

Pianos,

gebraucht, wie neu aufgearbeitet, preisw. abzug. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Pianohaus J. Marks, Kaiser-Wilhelmstr.

Zahngebisse

Platin u. Quecksilber kauft ständig höchstzahlend Zahnpraxis
Brückstr. 51.
Auf Haus-Nr. 51 achten

Oberrealschulbücher

(f. mittl. u. ob. Kl.) bill. z. vert. Alleestr. 139, I. Et. l.

Mk. 80.000

an zweite Stelle nach Mk. 1.0000 einer Sparkasse (Taxe Mk. 300000) auf Geschäfts- und Wohnhaus in guter Lage Bochums sofort gesucht.
Gefl. Angebote erbeten unter **J. L. 59** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Emser Pastillen

gegen Heiserkeit, Husten u. s. w.

Vorsicht vor Nachahmungen

„Ich war am ganzen Leibe mit

Flechten

behaftet, welche mich durch das ewige Jucken Tag u. Nacht peinigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Serg. M." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Größerer Posten

Ziegelsteine

(Handstrich oder Maschinensteine)

sofort abzugeben. — Abfuhr nur durch Fuhrwerk ab unseren Ziegeleien an der Castroper- oder Harpenerstraße. Anfragen an

Securitas-Werke Akt.-Ges.
Langestraße.

Wenn Sie sich neu einrichten

Ihr Heim vergrößern oder verschönern wollen

so statten Sie bitte meiner Ausstellung kunstgewerbl. Gebrauchs- und Dekorationsgegenstände einen zwanglosen Besuch ab

A. Homborg

Bochum, Hochstraße 2



Oeffentliche paritätische

Arbeit-Nachweise im Landkreise Bochum

sind eingerichtet bei folgenden Stellen:

Amt Harpen im Amtshause in Gerthe (Zimmer 9);
Gemeindeverwaltung Hordel im Gemeindehause in Hordel (Gemeindebüro);
Gemeindeverwaltung Riemke im Hause Riemke, Hernerstr. 76 (Zimmer 4);
Amt Bochum-Süd im Amtshause in Altenbochum (Zimmer 4);
Amt Weitmar im Verwaltungsgebäude II in Weitmar (Zimmer 14);
Amt Langendreer im Amtshause in Langendreer (Zimmer 5);
Amt Werne im Amtshause in Werne (Zimmer 16);
Amt Bladenhorst im Amtshause i. Bladenhorst (Zimmer 1).

Eine Zentralstelle für den gesamten Landkreis Bochum befindet sich jetzt Bismarckstr. 84, Zimmer Nr. 3 (Fernsprecher Nr. 69, 151, 319, 3300/14/17/18).

Arbeitsuchende männl. wie weibl. sowie **Arbeitgeber,** die noch Arbeitskräfte einstellen können, werden ersucht, sich an die oben aufgeführten Arbeitsnachweise in den Gemeinden und Aemtern zu wenden.

Tragen Sie

nur Merschs Naturhaar-Zöpfe und Haarersatz

Größtes Haus am Platze.

Enorme Auswahl. Billige Preise. Frisieren beim Einkauf in tageshellen Kabinen gratis.

Frau Mersch ::: Hochstraße 20.

Gewinn-Auszug
der
17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

4. Klasse — 1. Ziehungstag — 7. April 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 390 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 100000 M 80160
4 Gewinne zu 10000 M 60216 221848
4 Gewinne zu 5000 M 108223 191358
2 Gewinne zu 3000 M 215087
8 Gewinne zu 1000 M 11349 39499 160663 216525
28 Gewinne zu 500 M 38268 54484 70409 81414 87411 103717 131809 169697 185462 194624 199190 200140 203115 213757

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 390 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 50000 M 125365
2 Gewinne zu 40000 M 11780
2 Gewinne zu 5000 M 90451
8 Gewinne zu 3000 M 89732 109716 130523 231281
6 Gewinne zu 1000 M 95312 162816 213182
14 Gewinne zu 500 M 28184 93290 93409 102978 116509 119887 171718

Anfertigung weisser und bunter

Herren-Oberhemden

mit und ohne Umleg-Manschetten in fachgemäßer u. pünktlicher Bedienung

Erstes Bochumer Wäsche-Atelier

Auguste Becker Klosterstr. 16 Erste Etage

Schul-Tornister

für Knaben und Mädchen

nur beste Sattlerarbeit — Billigste Preise

Mummelthey's Centralbuchhandlung

Bochum, Obere Marktstraße 31

Damen-Moden

Anfertigung eleganter Damenkleidung für Haus, Straße und Gesellschaft. Spezialität: Jackenkleider u. Mäntel. Feinste Maßarbeit. Sohn. Bedienung.

Schiemann & Dietsch, Mühlenstr. 43 I.

Reparaturen an Fahrrädern u. Nähmaschinen

Emaillieren und Vernickeln.

Groß. Lager in Fahrradersatzteilen u. Gummi

A. Wolters, Friedrichstraße 9

Telefon 1161.

Stadt Bochum.

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung von dringenden Gleisarbeiten auf der Bahnstrecke Bochum Hbf.-Bochum-Riemke wird die Präsidentstraße in Bochum bei Block Hamme **am Montag, den 11. April 1921, von vormittags 6 bis nachm. 4 Uhr für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.**

Umfahrt: Linden- und Elisabethstraße.

Der Polizeidirektor.

Amt Eickel

Quäkerspeisung.

Bei der demnächst wieder beginnenden Speisung durch die Amerikanische Hilfsmission sollen auch Kleinkinder und Mütter gespeist werden.

1. Hoffende Frauen und stillende Mütter die unterernährt und der Speisung bedürftig sind;
2. Kinder im Alter von 3—6 Jahren die unterernährt und der Speisung bedürftig sind.

Die Anmeldung muß Montag, den 11. und Dienstag, den 12. April ds. Js, vormittags von 8—12 Uhr auf dem Gesundheitsamt, Amtshaus 2, Zimmer 6, erfolgen.

Eickel, den 8. April 1921.

Der Amtmann.

Oberrealschule u. Realreformgymnasium i. E.

an der Königsallee.

Beginn des neuen Schuljahres **Mittwoch, den 13. April 1921,** 8 Uhr. Mündliche Anmeldungen an jedem Werktage bis 23. März von 11—12 Uhr und Dienstag, den 12. April, 9—12 Uhr. Schriftliche Anmeldungen können zu jeder Zeit erfolgen. Bei der Anmeldung sind vorzulegen: Geburtsschein, Impfschein und Abgangszeugnis. — Aufnahmeprüfung: Mittwoch, den 13. April, 9 Uhr vormittags. Die Prüflinge haben sich mit Schreibmaterial zu versehen. Die Abgangszeugnisse sind mitzubringen.

Studienrat Lorenz,
stellv. Direktor.

Stadt Bochum.

Die Stadtverwaltung hat zur Schädlingsvertilgung einen Zyklonapparat angeschafft.

Eine Zyklon-Durchgasung ist für alle Einrichtungsgegenstände unschädlich u. tötet Ratten, Mäuse, Kakerlaken, Wanzen, Flöhe, Läuse, Mücken, Fliegen, Kleider- u. Pelzmotten mit ihrer Brut vollständig.

Die Bedienung erfolgt durch die städtischen Entseuchungsbeamten. Der Preis für die Ausräucherung eines Zimmers beträgt bis 50 cbm. 50 Mk., bis 100 cbm 90 Mk., bis 150 cbm. 130 Mk., bis 200 cbm. 170 Mk. Größere Räume nach besonderer Vereinbarung.

Anmeldungen zur Entseuchung werden im Büro der städtischen Entseuchungsanstalt Stadtgesundheitsamt, Trankgasse 7, Eingang D, Zimmer Nr. 58 entgegengenommen.

Bochum, 7. April 1921.

Stadtgesundheitsamt.

In aufsteigender Linie

bewegt sich Ihr Geschäft, wenn Sie sich bei Ihren Ankündigungen stets des Anzeigenteils des „Märkischen Sprechers" bedienen. Weiteste Verbreitung in kaufkräftigen Kreisen im Stadt- und Landkreis Bochum und in den angrenzenden Orten der benachbarten Kreise bürgt für guten Erfolg.



Aus eintreffenden Waggon-Ladungen biete an:

Feinstes amerik. Schmalz
(Standard-Marken), in großen und kleinen Packungen

Prima gesalzenen Speck
(Rücken und Bäuche), auf Wunsch geräuchert

Corned-beef, erstkl. Marken
in 6-Pfund-Dosen zum Aufschnitt

Anfragen nur von Wiederverkäufern erbeten

Kunerolmüller / Bochum
Kortumstraße 23 / Fernruf 3500 und 3501